

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Wortprotokoll
79. Öffentliche Sitzung

Berlin, den 17.12.2008, 9:00 Uhr,
Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus,
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1,
Sitzungssaal: 2.600

Vorsitz: Edelgard Bulmahn, MdB

TAGESORDNUNG:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Seite: 3

Tagesordnungspunkt 1a

Seite: 3

Antrag der Abgeordneten Ulla Lötzer, Dr. Barbara Höll, Werner Dreibus, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

Konjunkturprogramm gegen die drohende Wirtschaftskrise

BT-Drucksache 16/10619

Tagesordnungspunkt 1b

Seite: 3

Antrag der Abgeordneten Christine Scheel, Bärbel Höhn, Kerstin Andreae, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Nachhaltig investieren in Klima, Bildung, soziale Gerechtigkeit

BT-Drucksache 16/11023

Tagesordnungspunkt 1c

Seite: 3

Antrag der Abgeordneten Rainer Brüderle, Christian Ahrendt, Daniel Bahr
(Münster), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Anti-Rezessionsprogramm auflegen

BT-Drucksache 16/10867

Beginn der Sitzung: 9:00 Uhr

Tagesordnungspunkt 1a

Antrag der Abgeordneten Ulla Lötzer, Dr. Barbara Höll, Werner Dreibus, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

Konjunkturprogramm gegen die drohende Wirtschaftskrise

BT-Drucksache 16/10619

Tagesordnungspunkt 1b

Antrag der Abgeordneten Christine Scheel, Bärbel Höhn, Kerstin Andreae, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Nachhaltig investieren in Klima, Bildung, soziale Gerechtigkeit

BT-Drucksache 16/11023

Tagesordnungspunkt 1c

Antrag der Abgeordneten Rainer Brüderle, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Anti-Rezessionsprogramm auflegen

BT-Drucksache 16/10867

Vorsitzende: Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich begrüße Sie ganz herzlich zu unserer heutigen Ausschusssitzung, in der wir zunächst bis 11.00 Uhr die Maßnahmen der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages debattieren, die ergriffen worden sind, um die Wirtschaftskrise, die uns auch in Deutschland trifft, in den Griff zu bekommen. Wir haben mit den Sachverständigen, die wir in unsere heutige Sitzung eingeladen haben, vereinbart, dass zunächst seitens der Sachverständigen in einem jeweils fünfminütigen Einführungsstatement dargelegt wird, wie aus ihrer Sicht der Finanzschirm wirkt, wo dort die Probleme bestehen, welches eventuell Gegenmaßnahmen sein könnten, um den Finanzschirm noch wirksamer zu gestalten. Zum Zweiten sollen in diesen fünfminütigen Statements auch eine Bewertung des Konjunkturpakets bzw. der zurzeit diskutierten

Investitionsprogramme enthalten. Wir sollten - und das hatten wir in der Obleutebesprechung heute Morgen miteinander verabredet - dann im Anschluss zwei Runden Debatte durchführen. Wenn es uns zeitlich gelingt, drei Runden Debatte zu führen, ist das auch in Ordnung. Eine Runde Debatte heißt, dass jeweils ein Kollege, eine Kollegin von jeder Fraktion fragen kann. Ich habe eine ganz herzliche und ausdrückliche Bitte an die Kolleginnen und Kollegen, dem Ziel dieser Anhörung, es ist keine offizielle Anhörung, sondern die Möglichkeit, für uns mehr Informationen, eine bessere Bewertung durch Einbeziehung Ihres Sach- und Fachverständnisses zu erreichen, diesem Ziel auch Rechnung zu tragen und ich will das noch einmal deutlich formulieren, d. h., dass es in unserer heutigen Sitzung vor allen Dingen nicht darum gehen kann, dass von unserer Seite aus die Bewertungen im Vordergrund stehen, sondern wir möchten gerne die Bewertung der Sachverständigen zur Kenntnis erhalten. Das ist der entscheidende Punkt. Das muss sich dann auch in der Zeitdauer der Redebeiträge niederschlagen. Ich sage das so deutlich, weil ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir die zur Verfügung stehende Zeit auch gut nutzen können.

Ich möchte mich jetzt noch ganz ausdrücklich bei den Sachverständigen bedanken, dass Sie es möglich gemacht haben, trotz unserer doch relativ kurzfristigen Einladung hier an unserer Sitzung teilzunehmen. Wir wissen dieses zu schätzen und wir freuen uns sehr, dass Sie bereit sind, uns mit Ihren Kenntnissen hier auch zur Verfügung zu stehen. Sie können davon ausgehen, dass all das, was Sie vortragen, wirklich auch für uns von großer Bedeutung ist. Deshalb möchte ich das Wort an Sie weitergeben, denn das steht heute im Mittelpunkt. Wenn Sie damit einverstanden sind, würde ich der Reihe nach vorgehen und zunächst Herrn Dr. Schröder bitten, dann Frau Professor Weder di Mauro, Herrn Professor Blankart und dann Herrn Dr. Hirschel.

SV Dr. Ulrich Schröder (KfW): Ich will versuchen, das wirklich in fünf Minuten zu tun, jedenfalls in der ersten Runde. Wir haben es mit einer Krise zu tun, die sich verschärfen wird, die sich dadurch auszeichnet - und das macht sie so besonders und so schwierig in der Einschätzung -, dass sie eine Kombination aus klassischer Konjunkturkrise und Bankenkrise ist. Mit dieser Kombination hatten wir es in der Bundesrepublik, in Europa, eigentlich in allen Industrieländern seit dem 2. Weltkrieg überhaupt noch nicht zu tun. Deshalb sage ich immer zu den Kollegen Volkswirten - auch in unserem Hause -, die haben es etwas schwer in dieser Phase, weil die Volkswirtschaft sehr stark eine Erfahrungswissenschaft ist. Das Besondere an der jetzigen Situation ist - jedenfalls nach meiner Einschätzung -, dass wir es mit einer Kombination aus einer Konjunktur- und einer Bankenkrise zu tun haben. Die Konjunkturkrise, und das ist auch etwas nicht ganz Ungewöhnliches, aber auch etwas Wichtiges, ist eine Konjunkturkrise, die wirklich die gesamte Weltwirtschaft erfasst hat. Wir hatten in der Vergangenheit häufig Konjunkturkrisen, die Teilmärkte erfasst haben, wie etwa Europa und Nordamerika. Wir haben jetzt eine Konjunkturkrise, die die gesamte Welt, d. h. neben den Industrieländern auch die Schwellenländer mit erfasst. Eine weltweite Konjunkturkrise, gekoppelt mit einer Bankenkrise. In dieser Kombination - sagte ich - ist eine solche Krise erstmalig, jedenfalls erstmals nach dem 2. Weltkrieg. Wir alle haben keine Erfahrung damit und deshalb ist es so ausgesprochen schwierig, Prognosen zu treffen, wie sich der Krisenverlauf genau entwickeln wird und ähnlich schwierig ist es, therapeutische Maßnahmen zu ergreifen, wie man dem begegnen kann. Das sollte man sich vor Augen führen. Deshalb sage ich, sind auch die Volkswirte ein Stück weit gehandicapt, weil ihr Erfahrungswissen alleine nicht ausreicht, um diese Krise zu beschreiben. Das ist meine persönliche feste Überzeugung. Ich fühle mich bei der Beschreibung der Finanzkrise eher zu Hause als bei der Beschreibung der Konjunkturkrise, weil ich selbst kein Volkswirt bin. Ich möchte Ihnen

zu der Finanzkrise, die ich wirklich im Kern des Problems auch in Deutschland sehe, einige Ausführungen machen:

Wir hatten schon eine erste Schockwelle, ausgelöst durch die berühmte Sup-Prime-Krise in den USA Mitte des Jahres 2007. Wir haben dann eine völlige Veränderung der Welt, aber wirklich eine völlige Veränderung der Welt nach dem 15. September dieses Jahres, dem Tag, als ein amerikanischer Finanzminister - ich glaube, im Nachhinein wird sich das bestätigen - eine der größten politischen Fehlentscheidungen volkswirtschaftlicher Art, die je ein amerikanischer Finanzminister getroffen hat, getroffen hat, nämlich eine Bank, von der man bisher annahm, sie kann nicht Pleite gehen, Pleite gehen zu lassen. Dieses hat dazu geführt, dass der Vertrauensschwund unter den Banken, der schon vorher sehr groß war, heute perfekt ist. Dieses Perfektsein drückt sich in zweierlei Weise aus. Es drückt sich einmal darin aus, dass sich die Refinanzierungskosten der Banken enorm erhöht haben. Ich mache das immer - damit man das ein bisschen nachvollziehen kann - an einigen Beispielen klar: Ich greife die Deutsche Bank - nicht, weil sie besonders schlecht, sondern weil sie eher eine der besseren ist, was die Refinanzierungsmöglichkeiten betrifft - mal heraus. Die Deutsche Bank hat sich vor der Krise 2007 im Fünf-Jahres-Bereich mit Basispunkten plus zehn über dem Midswap refinanziert. Zwischen 2007 und dem 15. September hat es eine Anleihe gegeben. Deswegen kann man das so genau festmachen, mit etwa plus 75 plus 80. Das war schon einmal eine Verschlechterung um ein gutes halbes Prozent. Heute kann die Deutsche Bank überhaupt keine Anleihe von fünf Jahren begeben, weil es keinen Investor gibt, der der Deutschen Bank für fünf Jahre Geld gibt. Das ist das Problem. Wenn sie es täte, müsste sie heute wahrscheinlich etwa 2 % über dem Midswap draufschreiben. Sie sehen, dass sich hier eine dramatische Veränderung der Refinanzierung ergeben hat. Das ist das eine. Aber das Schlimmere ist - was ich gerade andeutete -, es gibt einen nahezu

kompletten Investorenstreik für Laufzeiten über drei Jahre. Dieses führt in der Realwirtschaft, in der Güterwirtschaft zu einer gespaltenen Wahrnehmung. Sie lesen auf der einen Seite in der Tagespresse noch immer "keine Kreditklemme, Mittelstand ist gut versorgt" und auf der anderen Seite hören Sie große Probleme. Das liegt daran, dass wir in der Tat, insbesondere im Volksbanken- und Sparkassenbereich, aber auch im privaten Bankensektor, eine Anhäufung von kurzfristiger Liquidität haben. Denen quillt das aus den Ohren heraus. Herr Ackermann sagte in einem Gespräch mit der Kanzlerin: Wir haben so viel kurzfristige Anlagewünsche, wir weisen die teilweise zurück, weil wir sie nicht mehr aktivisch weiterleiten können. Wir haben einen enormen Zufluss an Kurzfristliquiditäten nicht nur bei der Bundesbank und der EZB, sondern auch im Bankensektor. Damit wird der kleine Mittelstand, der kleine Handwerker, der Freiberufler noch ausreichend versorgt. Deswegen empfindet er - soweit er nicht über Bonitätsprobleme etwa als Zulieferer verfügt - heute noch über eine ausreichende Kreditversorgung. Alles, was darüber hinausgeht, sprechen Sie mal mit Firmen, die 30 Mio. Euro aufwärts Kredit haben wollen, sprechen Sie mit Bereichen, die im Bereich der Projektfinanzierung, der Schiffsfinanzierung tätig sind, da ist absolut Ende im Schacht, da gibt es überhaupt kein Geld mehr. Da wird jeder Kreditvertrag, der in irgendeiner Weise von Banken noch aufzulösen ist, wieder aufgelöst. Eine Neuzusage ist heute nicht zu bekommen. Das ist ein dramatisches Problem. Da will ich dann auf das Thema SoFFin und die Angebote eingehen: Zunächst einmal muss man sagen: Ich finde es beeindruckend - damit sollte man nicht hinter dem Berg halten -, dass es dem Bundestag gelungen ist, in einer Woche ein solches komplexes Restrukturierungsangebot für Banken auf die Beine zu stellen. Das ist - wenn mir das jemand vorher gesagt hätte, hätte ich gesagt, das geht nie und nimmer, dass man das durch Bundestag und Bundesrat, Unterschrift des Bundespräsidenten in einer Woche hinkriegt - grandios. Ich glaube übrigens auch, dass die drei

Elemente des Paketes, nämlich die Eigenkapitalverstärkung, die Garantien und der Aufkauf von schlechten Krediten die richtigen Maßnahmen sind. Ich glaube aber eines, dass man den schwierigsten Teil des Paketes, nämlich den Aufkauf von schlechten Risiken noch nicht angepackt hat, dass da aber für mich der eigentliche Schlüssel des Problems liegt. Denn wenn es so ist, dass die Banken kein Geld mehr kriegen, dann ist das eine Vertrauenskrise. Die Vertrauenskrise wird erst dann aufgelöst, wenn der Investor das Gefühl hat, der Dreck ist aus den Bankbilanzen raus. Wenn der Dreck dann noch drin ist oder jeder vermutet, der ist da noch drin, dann wird es kein Vertrauen geben, es wird den Banken kein Geld gegeben und Sie können dann auch umgekehrt der Realwirtschaft kein Geld geben. Deswegen ist meine feste Überzeugung: Man muss sich dieser dritten Säule des SoFFin-Themas, nämlich wie können wir das Thema „Bad Bank“ anpacken, lösen. Das ist enorm schwierig. Wenn wir nachher diskutieren, kann ich Ihnen gern ein paar Hinweise geben. Aber es ist für mich der Schlüssel der Lösung des Refinanzierungsthemas.

Ein weiteres Refinanzierungsthema ist dann der Pfandbriefmarkt. Der Pfandbriefmarkt ist tot. Wenn der Pfandbriefmarkt tot ist, heißt das: Die Kommunen kriegen kein Geld mehr. Wenn die Kommunen kein Geld mehr kriegen, dann können sie nicht in die Infrastruktur investieren, denn sie sind die wesentlichen Investoren in die Infrastruktur.

Ein ganz kurzes Wort noch zu dem aktuellen Maßnahmenpaket I der Bundesregierung. Ich halte die Komposition für richtig, nämlich die starke Unterstützung für den Mittelstand. Ich bin der Auffassung, man muss es wahrscheinlich nach oben noch etwas öffnen, d. h., auch für größere Mittelständler öffnen. Ich glaube, dass die beiden anderen Elemente, nämlich Betonung der Klima- und Umweltschutzsystematik und der Infrastruktur ebenfalls richtig ist. Wir sollten die Konjunkturkrise nutzen, kein Strohfeuer zu entfachen, sondern wirklich strukturell langfristig wirkende Verbesse-

rungen herbeizuführen. Das wird über das Thema energetische Wohnraumertüchtigung als auch über das Thema Infrastruktur erreicht. Insofern ist das Paket als solches richtig konzipiert. Es gibt eine Fülle von Einzelfragen dazu, auch noch offenen Fragen - das sage ich gleich. Weil Sie sicher aus den Wahlkreisen viele Fragen dazu schon bekommen haben, würde ich gern gleich darauf eingehen. Aber nochmals: Meine Analyse ist: Der Kern des Problems, mit dem wir es zu tun haben, liegt im Bankensektor und hier müssen wir erreichen, dass die langfristige Finanzierung der Banken wieder in Gang kommt, damit auf diese Art und Weise die Güterwirtschaft wieder mit Krediten versorgt wird.

Vorsitzende: Ganz herzlichen Dank Herr Dr. Schröder. Jetzt hat Frau Dr. Weder di Mauro das Wort.

Sve Prof. Dr. Beatrice Weder di Mauro (Johannes-Gutenberg-Universität Mainz): Ganz herzlichen Dank für diese Einladung. Es ist wirklich eine spezielle Situation, in der wir uns befinden. Da stimme ich mit Ihnen überein. Ich würde aber nicht sagen, dass wir als Volkswirte - und das nicht nur, um meinen Berufsstand zu verteidigen -, sogar sehr viele Erfahrungen mit solchen Situationen haben, allerdings nicht typischerweise in Industrieländern und in Deutschland. Wenn man aber über diese Länder hinaussieht, dann sieht man, dass die Kombination von Bankenkrisen, mit Immobilienkrisen beispielsweise verbindet, eine ziemlich häufige Erfahrung ist und immer zu den größten Unfällen gehört, die Volkswirtschaften überhaupt widerfahren können. Sie haben typischerweise sehr viel größere negative realwirtschaftliche Effekte als beispielsweise Aktienmarktkrisen, die sehr viel schneller ablaufen, vielleicht etwas heftiger, aber weniger länger andauern. Die Problematik, das ist ganz sicher so, dass wir diese Arten von Krisen momentan gerade synchronisiert in prak-

tisch allen großen Volkswirtschaften der Welt haben, das ist tatsächlich neu, einmalig und man muss wirklich die Modelle, wenn man Modelle rechnet für Prognosen, sozusagen quälen, um den momentanen starken Abschwung, den wir erleben, fast schon Einbruch, überhaupt irgendwie im Modell abbilden zu können. Anders gesagt: Modelle, die jüngere Vergangenheit der Industrieländer aufbauen, können das momentan gar nicht richtig reproduzieren. Wenn man auf frühere Krisensituationen schaut, dann ist es letztlich nicht erstaunlich, dass diese recht toxische Kombination von Faktoren, die sich einerseits weltwirtschaftlich aufgebaut haben, aber auch in den Bankensystemen einen starken realen Effekt haben, primär auf die Investitionen und aus der deutschen Sicht primär auf die Exportwirtschaft wirkt. Wir werden mit einem negativen Außenbeitrag rechnen müssen, während der in der Vergangenheit hauptsächlich das stützende Element war. Relativ gesehen auch zur Vergangenheit ist der private Konsum momentan nicht unsere Hauptsorge.

Die Frage, ob auch noch eine Kreditklemme hinzukommt oder wie es wäre, dass möglicherweise schon für große Unternehmen Schwierigkeiten bestehen bei der Refinanzierung, die ist noch zusätzlich zu stellen. Selbst bei den Prognosen, die wir momentan haben, zwischen minus ein oder auch minus 2 % im nächsten Jahr, sind eigentlich richtige Kreditklemmen noch nicht eingerechnet.

Ich komme auch schon zum Thema Finanzschirm: Wirkt er oder nicht? Ich glaube, da ist es zunächst einmal wieder wichtig, dass wir uns auch darauf besinnen, wozu er eingerichtet wurde. In erster Linie sollte er einmal die systemische Krise verhindern. Das hat er sehr wohl getan in Kombination mit den geldpolitischen Maßnahmen. Es sind vor allem die Notenbanken gewesen, die durch ihre Umstellungen eine sehr viel großzügigere Bereitstellung von Liquidität, hier die erste Verteidigungslinie gefahren haben, aber die Rettungsschirme der Regierungen sind hier auch absolut

essentiell dafür gewesen, dass es momentan Liquidität in den Banken gibt und nicht, dass die Leute nicht hingegangen sind und ihre Ersparnisse abgezogen haben.

Was der SoFFin noch nicht hat bewirken können, ist eine Wiederaktivierung des Interbankenmarktes. Das war ein zweites Ziel. Die Garantien sind dafür vorgesehen. Hier sehen wir nur, wenn man mit der Lupe hinschaut, etwas Entspannung. Es könnte sein, dass sich hier etwas Entspannung Anfang des nächsten Jahres, wenn dann der Ultimo vorbei ist, abzeichnen wird. Aber hier ist auch zu sagen, dass mittlerweile die EZB weitgehend diese Funktion übernommen hat und das auch noch wahrscheinlich eine ganze Weile tun werden muss, hier den Intermetier zu spielen für die Banken.

Eine dritte Funktion - und die, denke ich - ist nicht zu vernachlässigen, die bei der SoFFin spielen sollte, ist die, die Banken wieder auf tragfähige Geschäftsmodelle hinzuführen, auf gesunde Beine zu stellen. Dafür ist zumindest Teil der Konditionalität, die an die Refinanzierung gebunden ist, intendiert. In der Hinsicht ist momentan die Bilanz etwas gemischt, denn es ist abzusehen, dass einige der Banken, die ganz sicher Restrukturierungsbedarf hätten, sich dem SoFFin eher versuchen zu entziehen, indem sie dieses Element nicht in Anspruch nehmen, sondern lieber sich über die Länder refinanzieren und von der Seite her ist auch meines Erachtens Sorge angebracht, ob der SoFFin seine Funktion langfristig wird wahrnehmen können. Wenn beispielsweise auf die sehr positiven Erfahrungen der schwedischen Restrukturierung und Rettungsmaßnahmen im Bankensystem schauen, dann waren diese vor allem dadurch charakterisiert, dass sie schon in einem sehr frühen Stadium ein sehr genaues Bild sich davon gemacht haben, wie die Bankenlandschaft aussehen sollte, insbesondere welche Teile von Banken, welche Bad Banks dann abgewickelt, ausgegliedert werden müssen. Da bin ich auch mit Ihnen einverstanden, dass das Element der Bilanzenbereinigung, also die Möglichkeiten auch dort, die bis jetzt noch

nicht eingesetzt wurden, auch schlechte Papiere aus den Bilanzen herauszukaufen, dass das auch ein Element auch eingesetzt werden muss. Aber man muss auch aktiv das Restrukturierungselement einsetzen und dafür ist der SoFFin insofern schlecht gerüstet, als dass er den Zugang freiwillig gestaltet und deshalb die Banken, die befürchten müssen, dort nicht mehr - ich sage es mal etwas salopp - ganz herauszukommen, lieber schon gar nicht an die Tür klopfen. Von der Seite her - meine ich - hat der SoFFin noch ein Problem. Wenn es uns nicht gelingt, das SoFFin-Instrument der Restrukturierung des Bankensystems einzusetzen, dann ist die Gefahr, dass wir ein sehr langfristiges Problem haben, dass wir in japanische Verhältnisse kommen, die dadurch charakterisiert waren, dass die Probleme in den Banken sehr lange unter dem Teppich gehalten bzw. in den Bilanzen versteckt wurden und man gehofft hat, man könne wieder daraus herauswachsen, was aber letztendlich das realwirtschaftliche Problem verschlimmert hat.

Dann komme ich zum zweiten Punkt: Vor dem Hintergrund, dass wir uns in einer realwirtschaftlich gesehenen oder in einer konjunkturellen außerordentlichen Situation befinden, hat sich auch bei uns im Sachverständigenrat die eindeutige Empfehlung ergeben, dass wir hier auch außerordentlich handeln sollten und auch nach den Kriterien, die wir aufgrund des Vorschlags einer Schuldenbremse gemacht hatten. Die Kriterien für zusätzliche staatliche diskretionäre fiskalpolitische Maßnahmen sind in jedem Fall im nächsten Jahr erfüllt. Die Notwendigkeit eines Konjunkturprogramms kann man zeigen. Dann ist man aber sehr schnell bei der Frage, welche Maßnahmen ergriffen werden sollten und damit bei der Frage: Wie ist die relative Wirksamkeit solcher Maßnahmen? Dabei ist es nützlich zu unterscheiden zwischen der kurzfristigen und der langfristigen Sicht. In der kurzfristigen Sicht, wenn wir einfach fragen: Wie groß ist der Multiplikator eines eingesetzten Euro beispielsweise für Infrastrukturinvestitionen relativ zu einem eingesetzten Euro bei einer Mehrwertsteuersenkung - als

Beispiele -, dann sind die Multiplikatoren zunächst einmal aller solcher Maßnahmen - und dessen muss man sich auch bewusst sein - nicht sehr groß. Wenn Sie je keynesianischen Modellen begegnet sind - ich nenne es jetzt mal vulgärkeynesianischen Modellen -, dann können Sie zu dem Verdacht gekommen sein, dass ein eingesetzter Euro auch ein Multiplikator von zehn auslösen könnte. Das sind in solchen ganz einfachen Modellen die Multiplikatoren. In der Realität aber werden die durch eine ganze Serie zusätzlicher Effekte abgeschwächt und die tatsächlichen Multiplikatoren befinden sich irgendwo bei einem Wert zwischen 0,1 und 1. Ein eingesetzter Euro löst ein Euro mehr BIP-Wachstum aus innerhalb von vier Quartalen, bei einer einmaligen Maßnahme, die dann aber erhalten bleibt.

Ich habe hier für Sie eine Serie von Studien zusammengestellt, die solche Multiplikatoren anschauen. Man muss dazu sagen, die streuen ziemlich stark, aber wenn man sich Daumenregeln merken möchte, dann ist die Multiplikatorwirkung von Investitionen gerade in Deutschland interessanterweise deutlich höher als in anderen Industrieländern und ist so etwas in der Nähe von 1. Die Wirkung von Senkungen der Mehrwertsteuer oder der Einkommensteuer ist in der Nähe von 0,5. Die Wirkung von Konsumschecks ist etwas größer, aber auch zwischen 0,5 und 1. Das sind so die Größenordnungen. Mit anderen Worten: Man darf sich nicht allzu viel versprechen an Multiplikatorwirkung oder anders gesagt, man muss etwas Geld in die Hand nehmen, wenn man eine Wirkung kurzfristig erzielen will.

Dann wäre ich beim zweiten Thema: Die langfristige Wirkung, sie ist natürlich extrem unterschiedlich, ob es sich beispielsweise um einen Konsumscheck handelt. Da ist die langfristige Wirkung nur die zusätzliche Verschuldung und die hat einen negativen Wachstumseffekt. Das können wir zweifelsfrei zeigen, d. h., die langfristigen Kosten solcher kurzfristigen Maßnahmen sind hoch, die langfristigen möglichen Wachstumsvorteile von Maßnahmen wie Infrastrukturinvestitionen sind positiv. Das

ist der Hintergrund, auf dem wir im Sachverständigenrat unser konjunkturgerechtes Wachstumsprogramm entwickeln. Wir prüfen jede einzelne Maßnahme. Was sind die langfristigen Effekte und argumentieren, man sollte jetzt diese Effekte, also diese Maßnahmen kurzfristig umsetzen, die die besten langfristigen Effekte haben. Das ist die allgemeine Aussage. Ich bin gern bereit, zu einzelnen Maßnahmen Stellung zu nehmen.

Vorsitzende: Vielen Dank Frau Professor Weder di Mauro. Jetzt haben Sie, Herr Professor Blankart das Wort.

SV Prof. Dr. Charles B. Blankart (Humboldt-Universität zu Berlin): Sehr verehrte Frau Vorsitzende, meine Abgeordneten Damen und Herren. Ich nehme gern den Anschluss an meine Vorredner an. Ich möchte nochmals ganz kurz die Kreditkrise in Stichworten zusammenfassen. Wir haben eigentlich zwei Teile der Kreditkrise. Einmal haben wir es mit einem Staatsversagen zu tun, zum anderen haben wir es mit Marktversagen zu tun. Staatsversagen ist dadurch zustande gekommen, dass die Billig-Zins-Politik gemacht worden ist, man der Federal-Reserve-Seite man auf die Güterpreise geschaut hat und nicht auf die Vermögenspreise, die dann in die riesigen Höhen gegangen sind und eigentlich hat man nicht bedacht, dass man hier hätte rechtzeitig bremsen müssen. Deswegen ist es so weit gekommen mit der Verschuldung der Banken. Das wäre der erste Teil.

Der zweite Teil ist mehr - ich vereinfache jetzt stark - dann Marktversagen, nämlich was man mit den Papieren dann gemacht hat bei den Banken, was man so zusammengeschustert hat und dass man dann gleichzeitig auf eine indirekte Art auch die Regulierung umgangen hat. Das ist auch in Deutschland geschehen, indem man einfach so terminiert hat, was formal richtig ist, aber das immer wieder verlängert hat

und somit aus Kurz Lang gemacht hat und die Umkehr der Finanzierungsstruktur erreicht hat d. h. mit kurzfristigen langfristige Problemen finanziert hat. Dass das dann zusammengebrochen ist und dass der SoFFin eine hervorragende Leistung gebracht hat, wurde schon gesagt. Ich möchte nicht noch darauf hinweisen. Ich möchte etwas noch sagen: Der SoFFin hat eine kurzfristige Wirkung, die ist hervorragend gelungen, die hat eine langfristige Wirkung, die ist eine Art Versicherung. Was einmal eingerichtet worden ist, lässt sich nicht ohne weiteres wieder abschaffen. Es ist auch schwer denkbar, nachdem was geschehen ist, dass wir jetzt einfach sagen können: In Zukunft wird der Staat die Banken nicht mehr retten. Eher kommt die Meinung auf: Der Staat kann sich gar nicht entziehen. Er ist eine Art Pflichtversicherer der Banken. Was wir da nun tun, ist langfristig sehr wichtig. Man muss rechtzeitig die Weichen stellen, vielleicht heute schon. Man muss darauf schauen, dass die Banken, da sie wissen, dass der Staat gar nicht anders können wird, als sie zu retten, dass sie da nicht in ein moralisches Risiko kommen und im Wettbewerb dann alle möglichen gefährlichen Dinge wieder tun, so dass wir in den alten Schlamassel wieder reinkommen. Da scheint mir dann die Aufsicht eine ganz wichtige Frage. Ich glaube, man muss rechtzeitig hier die Weichen stellen und dem SoFFin die richtigen Regeln geben, damit das auch getan werden muss, auch müssen beispielsweise Kompetenzen zwischen Bundesbank und SoFFin geklärt werden.

Zur Kreditklemme möchte ich noch etwas sagen: Es ist offensichtlich - Dr. Schröder hat das schon gesagt - die Banken sind nicht bereit, langfristige Kredite zu geben. Die Angebotskurve an Krediten hat sich nach links verschoben und die Zinsen gehen zwar schon in die Höhe, aber auf die höheren Zinsen sind die Banken nicht mehr bereit zu finanzieren, weil ein höherer Zins, wenn der Schuldner auch zu bezahlen bereit wäre, ja signalisieren könnte, dass er gar nicht vertrauenerweckend ist. Das würde falsche Signale geben und der Kreditmarkt möglicherweise in dieser Hinsicht nicht

funktionieren. Andererseits gibt es auch positive Signale. Ich habe gerade hier einen Bericht vom Financial Stability Review von der Europäischen Zentralbank. Da steht die Übersicht: Die Banken haben Verluste von 720 Billionen Dollar erlitten, aber sie haben sich nunmehr auch wieder neues Kapital hergeholt und sind mit 765 Billionen Dollar aus der Krise herausgekommen. Wenn man sagt, wir sind jetzt schon aus der Krise, das ist vielleicht etwas optimistisch. Aber man sieht immerhin, es ist Liquidität da und es ist nicht so schlimm vielleicht, wie mancher glaubte. Auch die Europäische Zentralbank sieht etwa auf die osteuropäischen Länder und durchaus positive Zeichen. Interessant ist - das ist vielleicht auch noch wichtig - dass die Spreads zwischen deutschen und italienischen Staatsanleihen zugenommen haben. Die Italiener müssen mehr bezahlen, weil man denkt, vielleicht ist hier die Staatsverschuldung schon so groß, dass der Staat nicht mehr „Lender of Last Resort“ sein kann. Das muss man vielleicht immer bedenken, wenn man jetzt sagt, der Staat hilft dann im Notfall. Vielleicht kann er ja gar nicht helfen. Island hat das gezeigt. In Italien gibt es schon ein bisschen ähnliche Anzeichen und wer weiß, man kann nicht sagen, dass Deutschland da ewig gesichert ist. Das ist vielleicht zu optimistisch gesehen. Es sind eigentlich nur zwei Bojen, die im Wasser schwimmen und eine Boje möchte sich an der anderen halten, aber dass natürlich das Niveau der einen Boje von dem Niveau der anderen Boje abhängt, das ist offensichtlich.

Nun noch ganz kurz zur Konjunkturkrise: Man kann natürlich sagen, „Keynes redivivus“, wir tun etwas und wir tun lieber zu viel als zu wenig. Wir denken vielleicht, etwas wird man tun können. Es wirkt nicht alles. Und weil nicht alles wirkt, machen wir lieber mehr als zu wenig. Das wäre eine Sicht der Dinge. Ökonomen sagen: Wir müssen das Ganze mit Theorie unterlegen und sagen, was geschieht. Denn wie verhalten sich die Individuen, wenn wir einfach riesig Verschuldung machen? Dann ist eben ein fundamentaler Grundsatz, die Schulden von heute sind die Steuern von

morgen. Die Individuen sehen das voraus und man kann nicht sagen, dass das einfach blind getan wird. In den USA scheint diese Vorwegnahme der zukünftigen Lasten sich schon ausgewirkt zu haben. Man sagt auch, die Mehrwertsteuersenkung in Großbritannien habe einen solchen, wir nennen das Barro-Effekt nach Robert Barro, der diese Theorie entwickelt hat hervorgerufen. Die Konsumenten sparen, obwohl die Mehrwertsteuer gesenkt worden ist, weil sie sagen, man weiß nicht, was die Zukunft bringt, gerade, wenn der Staat so viele Schulden macht. Das sind sicher zwei Theorien und ich bin etwas skeptisch. Es gibt immer kurzfristige Irrationalität, aber auf die vielen Jahrzehnte hinaus überwiegt meistens die Rationalität, deswegen gebe ich der zweiten Theorie eher den Vortritt.

Was die Konjunkturmaßnahmen betrifft: es ist zwar auch schon gesagt worden, aber vielleicht sollte ich doch noch mal darauf hinweisen: Wir haben die automatischen Stabilisatoren, die sicherlich eine gewisse Auswirkung ausüben. Der Sachverständigenrat - wenn ich das zitieren darf - sagt, ein Fünftel einer Rezession wird durch die automatischen Stabilisatoren aufgefangen. Das ist nicht Nichts, das muss man bedenken. Das andere ist eben, was Einzelmaßnahmen - wir nennen das diskretionäre Maßnahmen - hervorrufen können. Es ist sicher richtig, was Keynes einstmals gesagt hat: notfalls kann man auch Löcher graben und wieder zuschütten. Aber ich denke, dass wir sinnvollere Dinge tun könnten. Wir sollten Dinge tun, die auch, wenn wir schon Staatsverschuldung machen, die dann auch das Wachstum später erhöhen, so dass die Last der Verschuldung nicht zu groß wird. Es ist sicherlich ein ganz wesentlicher Punkt uns zu fragen: Was bringt jetzt am meisten Wachstumseffekte hervor? Dann müssten wir natürlich sagen: Alles, was die Kosten der Industrie und der Wirtschaft senken, das sind insbesondere Verkehrsinfrastrukturen, Flughäfen, Straßen usw., auch Eisenbahnen. Das senkt die Kosten in Zukunft und das kann dann zusätzlich wieder Wachstum bringen. Ich bin vielleicht jetzt gar nicht beliebt

wenn ich sage, dass Umweltinvestitionen natürlich die Produktionskosten erhöhen, aber ich habe es trotzdem gesagt. Führen. Ein anderer Effekt ist noch zu bedenken, das ist dieser Leakage-Effekt, dass alles, was wir hier tun, zusätzlich zu dem, was die EU tut, irgendwo anders wieder verbraucht wird. Die Einsparungen an Energie, an fossiler Energie hier, werden anderswo im Ausland wieder verbraucht. Das gilt, solange kein Weltklimaabkommen existiert. Da kommt man eigentlich nicht drum herum. Das möchte ich auch noch mal zu bedenken geben, so sehr mir das Klimaproblem am Herzen liegt, das ist gar keine Frage. Wir wissen, um die physikalischen Zusammenhänge, das ist keine Frage, aber wir müssen etwas tun, wir müssen hin auf ein Klimaabkommen. Vielleicht kommen wir jetzt dazu mit dem neuen amerikanischen Präsidenten. Ich würde das sehr begrüßen. Aber das erfordert Vorleistungen in diesem Sinne. Da muss man nicht denken, dass die irgendwie honoriert werden. Da ist die Welt viel zu groß.

Dann möchte ich noch folgendes zu bedenken geben: die demographischen Lasten, die wir natürlich noch haben. Zweitens, wenn wir jetzt rechnen: die automatischen Stabilisatoren plus die anderen Konjunkturprogramme, gehen vielleicht – das wurde gestern in der Presse gesagt - auf etwa 50 Mrd. Euro hoch. Und wenn wir sagen, von den Bankenbürgschaften kommt vielleicht ein ähnlicher Teil noch, dann sind wir bei 100 Mrd. Euro. Wenn Sie da 5 % Zinsen rechnen, kostet das im Jahr Zinsen von 5 Mrd. Euro. Das belastet den Haushalt. Das ist zu bedenken. Das muss nachher mit Steuern wieder aufgebracht werden. Man darf sich da nicht in die Tasche lügen.

Ein ganz letzter Punkt: Föderalismusreform. Man müsste vielleicht einen Punkt machen zur Föderalismusreform, zu den Investitionen in den Ländern und Gemeinden. Sollen diese sich verschulden, jetzt, wo wir doch in der Föderalismusreform so eine Geboteskala gemacht haben, was getan werden darf und was nicht? Hier muss man wiederum zu bedenken, dass möglicherweise der Bund in die Lage kommt, für die

Länder dann Notmaßnahmen zu machen, etwa Länder von ihren Schulden auszulösen, also Dinge zu machen, die wir eigentlich gar nicht wollen. Das müssen wir vielleicht auch mal bedenken.

Vorsitzende: Vielen Dank Herr Professor Blankart. Jetzt hat Herr Dr. Hirschel das Wort.

SV Dr. Dierk Hirschel (DGB): Zunächst einmal recht schönen Dank für die Einladung. Ich will es ähnlich gestalten wie meine Vorrednerinnen und Vorredner, dass ich eine Zweiteilung vornehme zwischen Finanzwelt und Realwirtschaft. Aber lassen Sie mich mal mit einer einleitenden Bemerkung beginnen, was die Finanzkrise angeht. Ich teile in keiner Weise die Auffassung meines Vorredners, dass diese Finanzkrise ursächlich auf eine Politik des billigen Geldes zurückzuführen sei. Diese Finanzkrise hängt letzten Endes ursächlich damit zusammen, dass wir 25 Jahre, 35 Jahre um genau zu sein, eine Politik der Deregulierung ertragen mussten auf diesem Globus. Sie hängt damit zusammen, dass wir ein massives Verteilungsproblem haben. Man muss auch erklären, wo die 200 Billionen US-Dollar Kapitalschwämme auf den internationalen Finanzmärkten herkommen und das hat etwas mit globalen Ungleichgewichten zu tun, die dadurch gekennzeichnet sind, dass die USA über Jahre hinweg die Weltkonjunktur-Lokomotive gespielt haben, bekanntlich über eine Politik des Konsums auf Pump. Die Chinesen und die Deutschen, aber auch die Japaner haben letzten Endes von dieser Politik profitiert, weil sie sozusagen als die großen Exporteure, die Trittbrettfahrer waren, die letzten Endes von der US-amerikanischen Initiative dann mitgenommen wurden. Das sozusagen als einführende Bemerkung. Ich komme zurück auf den Rettungsschirm. Das ist zunächst einmal die erste Sofortmaßnahme, die in die Wege geleitet wurde. Der Rettungsschirm für die Banken

war wichtig, um den systemischen Zusammenbruch zu verhindern. Aber es gibt eine ganze Reihe von Webfehlern in diesem Rettungsschirm und diese Webfehler sind u. a. mit dafür verantwortlich, dass der Interbankenmarkt weiterhin nicht funktioniert, dass das Vertrauen nicht vorhanden ist. Einer dieser Webfehler - die Kollegin Weder di Mauro hat das angesprochen - ist die Tatsache, dass dieser Rettungsschirm unter dem Prinzip der Freiwilligkeit steht. Das haben die US-Amerikaner und die Briten anders gemacht. Die haben gesagt: Wenn eine bestimmte Mindesteigenkapitalquote der Banken unterschritten wird, dann wird verstaatlicht, dann wird rekapitalisiert. Und so hätte man das hier auch machen sollen. Wir haben es nicht gemacht. Das hängt u. a. damit zusammen, dass die Brandstifter mitberaten haben und die Konsequenz ist dann die, dass wir wichtige Wochen verloren haben, dass sich in diesem Zeitraum die Kreditkonditionen weiter verschärft haben, dass dadurch Unternehmenspleiten resultieren. Das war eine der zentralen politischen Webfehler, dass das Prinzip der Freiwilligkeit verankert wurde innerhalb dieses Rettungsschirms. Jetzt haben wir eine Situation - das ist durch den Beitrag des Kollegen Dr. Schröder deutlich geworden -, wo die Banken darüber diskutieren, wie sie die Schrottpapiere rauskriegen. Das ist ein zentrales Problem, zweifelsohne. Aber bei diesem Rettungsschirm muss das Prinzip gelten, und darauf werden wir als Gewerkschaften genau achten - Michael Sommer hat das am Sonntag in der Runde bei der Kanzlerin angesprochen: dass Leistung nur für Gegenleistung. Wir reden hier über Steuergeld und was wir nicht akzeptieren werden, ist, dass wir diese Schrottpapiere jetzt einfach in eine Bad Bank nehmen gegen ein paar Gebühren. Das hat für uns nämlich nichts mit dem Prinzip Leistung nur für Gegenleistung zu tun. Das heißt, in so einem Fall müsste eigentlich die Rekapitalisierung erfolgen. Das ist der Schritt, den wir uns vorstellen. Das hat sehr viel damit zu tun, dass das Prinzip Leistung für Gegenleistung umgesetzt wird. Dann wird der Steuerzahler eben Miteigentümer der Bank und kann auch unmittelbar

auf die Geschäftspolitik der Bank Einfluss nehmen. Das verkörpert für uns das Prinzip Leistung für Gegenleistung. Wir werden uns entschieden dagegen wenden, dass dieser Artikel 4 massiv ausgeschöpft wird und dass es jetzt eine Bad Bank gibt und die Banken, die diesen Schaden verursacht haben, ihre gesamten Schrottpapiere dort parken können. Das wird auf den Widerstand der deutschen Gewerkschaftsbewegung stoßen. So viel zunächst einmal zum Thema Rettungsschirm für Banken.

Lassen Sie mich im zweiten Teil auf die Realwirtschaft zu sprechen kommen. Wir haben gegenwärtig eine Situation - das ist auch von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern bereits angesprochen worden - wo sich die Krise der Finanzwirtschaft und die Krise der Realwirtschaft wechselseitig verstärken. Wir haben gleichzeitig eine Situation, die geprägt ist durch den kollektiven Absturz der Weltwirtschaft. Das hat dann zur Folge, dass eine solche Situation, wo die Geldpolitik nur noch begrenzt wirken kann, weil die Zinssenkungen in diesem zweistufigen Bankensystem, das wir weltweit haben, nicht eins zu eins weitergegeben werden in der gegenwärtigen Situation, gekennzeichnet ist von Vertrauensmangel. Eine solche Situation ist die Stunde der Finanzpolitik. Mein Kollege Hüter vom IW, der jetzt wahrhaftig nicht unter dem Verdacht steht, gewerkschaftsnah zu sein, redet seit Wochen von einer klassischen keynesianischen Situation, in der wir uns befinden, also eine Situation, die gekennzeichnet ist durch Nachfragemangel und eine Situation, die dadurch gekennzeichnet ist, dass die Geldpolitik nur noch bedingt effektiv handeln kann. Das ist die Stunde der Finanzpolitik aus unserer Sicht. Es ist sehr angenehm, dass wir nach 35 Jahren in diesem Land sehr unverkrampft und sehr nüchtern endlich mal wieder über das Instrument der Konjunktursteuerung reden. Bei diesem Instrument der Konjunktursteuerung haben wir jetzt angefangen mit einem sogenannten Konjunkturpaket, das aus gewerkschaftlicher Sicht vollkommen unzureichend ist. Wir haben den Rettungsschirm - um ein schönes Bild zu malen - für die Banken aufgespannt, aber das, was

für die Realwirtschaft bisher aufgespannt wurde, ist bestenfalls ein Knirps. Vollkommen unzureichend. Wenn Sie das im internationalen Vergleich betrachten, dann werden gegenwärtig zwischen 2 und 5% des Sozialproduktes in die Hand genommen, um mit Hilfe der Fiskalpolitik die Konjunktur anzuschieben. Wir reden in Deutschland für das Jahr 2009 über lächerliche 0,25 %. Das ist in Anbetracht der Größenordnung der deutschen Volkswirtschaft vollkommen unzureichend und die inhaltliche Ausgestaltung dieses Knirpses ist auch vollkommen unzureichend. Wir reden über ausschließlich indirekte Anreize wie Abschreibungserleichterungen, Steuerensenkungen, Zinsvergünstigungen. Das reicht nicht aus in einer Situation, die durch Nachfragemangel gekennzeichnet ist. Da braucht man unmittelbare öffentliche Investitionen, die direkt die Nachfrage anschieben und dann bin ich bei der Frage: Nach welchen Kriterien sollten wir Konjunkturpolitik gestalten? Da ist zum einen das Timing entscheidend. Eine Volkswirtschaft funktioniert nicht wie der Schiefe Turm von Pisa. Da können Sie nicht zuschauen, wie der sich kontinuierlich neigt und dann bessern Sie mal ein bisschen das Gerüst nach oder ziehen die Stahlseile an. Das reicht nicht aus, sondern Sie müssen schnell und konsequent handeln. Insofern ist das Timing entscheidend und es muss in einem entsprechenden Umfang passieren. Ich habe bereits angesprochen, was die europäischen Partnerländer oder die US-Amerikaner gemacht haben, aber auch die Chinesen. Sie haben ein entsprechendes Volumen bewegt und Kollegin Weder di Mauro hat das auch richtig angesprochen. Wenn es dann um die konkrete Ausgestaltung geht, dann gibt es ein Prinzip. Wenn wir uns beispielsweise die Studien über die Effizienz von Konjunkturprogrammen anschauen, dann gibt es ein Prinzip und das sagt ganz klar: Die Erhöhung von Staatsausgaben ist effizienter als Steuerensenkungen. Kollegin Weder di Mauro hat die entsprechenden Multiplikatoren genannt. Ich kenne eine ganze Reihe von wissenschaftlichen Untersuchungen, die die Multiplikatoren höher ansetzen. Das sind keine

vulgärkeynesianischen Untersuchungen. Das will ich an dieser Stelle nicht vertiefen. Der entscheidende Punkt ist: Die Erhöhung von Staatsausgaben ist effektiver als die Senkung von Steuern. Es ist geradezu absurd. Wir erleben gegenwärtig eine Renaissance des Staates. Der Staat muss handlungsfähig sein und in einer solchen Situation jetzt massiv die Steuern zu senken, das würde nur bedeuten, dass wir die nächste Welle der Entstaatlichung einleiten. In Anbetracht dessen, was wir im Bereich Bildung in den nächsten Jahrzehnten leisten müssen, was wir im Bereich Klimaschutz leisten müssen, was wir im Bereich der Gesundheitsvorsorge leisten müssen, ist das absolut inakzeptabel. Deswegen eine klare Priorität für höhere Staatsausgaben. Wir müssen Konjunktur- und Wachstumspolitik verschränken, d. h., im Rahmen eines solchen Konjunkturprogramms ist es sinnvoll, Maßnahmen einzuleiten, die langfristig das Wachstumspotenzial dieser Republik stärken. Das sind dann öffentliche Investitionen in Bildung, in Klimaschutz, in das Gesundheitswesen. Der letzte Punkt: Wir müssen uns natürlich auch darum bemühen, das Ganze international zu koordinieren. Das hat bei den Banken ganz gut funktioniert. Im Falle der Konjunktursteuerung erleben wir genau das Gegenteil. Unser Finanzminister blockt auf der europäischen Ebene ein koordiniertes Vorgehen der Finanzpolitik ab. Das ist ein Riesenproblem und das muss sich auch kurzfristig ändern. Wir haben jetzt einen konkreten Vorschlag in die Debatte eingebracht. Wir haben gesagt, wir sollten 60 Milliarden in die Hand nehmen für 2009, die Hälfte davon in öffentliche Investitionen stecken, das sind dann Investitionen in die Frühkinderbetreuung, in die Verkehrsinfrastruktur, in die Modernisierung der Krankenhäuser und wir haben gesagt, die anderen 50 % brauchen wir für kurz- und langfristige Konsumanreize für geringe und mittlere Einkommen. Das brauchen wir deswegen, weil die öffentlichen Investitionen vier bis fünf Monate brauchen, um ihre volle Entfaltung entwickeln zu können. Sie haben die entsprechenden Verwaltungsverfahren - das brauche ich Ihnen nicht zu erzählen.

Deswegen brauchen wir eine Brücke, da wir unmittelbar handeln müssen, um den Absturz zu verhindern. Diese Brücke sollte dann nach unserem Dafürhalten so zusammengesetzt sein, dass wir beispielsweise Konsumschecks ausgeben - das haben wir vorgeschlagen -, dass wir eine Verschrottungsprämie verabschieden, die die Automobilindustrie stützt, die die Zentralindustrie in unserem Land ist. Sie müssen sich immer vor Augen halten, dass jeder sechste Arbeitsplatz in Deutschland von der Automobilindustrie abhängt. Zwei Drittel der Forschungs- und Entwicklungsausgaben werden von der Automobilindustrie getätigt, d. h., wir reden nicht über einen Sektor, sondern wir reden über den zentralen Sektor der deutschen Volkswirtschaft. Wir haben darüber hinaus vorgeschlagen, dass in der jetzigen Situation die Hartz IV-Sätze auf 420 Euro erhöht werden sollten. Damit einher geht auch eine Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums. All das könnte dafür sorgen, dass der historische Abschwung, der uns jetzt droht, abgefedert wird. Wir sagen nicht, dass wir aus einem Abschwung einen Aufschwung machen können. So viel Optimismus haben wir auch nicht in die Wirkungskraft von Fiskalpolitik. Aber es könnte uns gelingen, diesen historischen Absturz, der droht, abzufedern. Wir gehen von Beschäftigungseffekten für 2009 in der Größenordnung von 700.000 eines solchen Konjunkturprogramms aus. Das würde bedeuten, dass, wenn es gut läuft, was die Arbeitslosigkeit anbelangt, plus minus null rauskommen könnte. Die Schätzungen gehen gegenwärtig in die Größenordnung 700.000 bis 800.000, wenn die Volkswirtschaft um 2 % runterkracht. Das ist sehr wahrscheinlich.

Dann möchte ich - das ist jetzt meine Schlussbemerkung - nochmals etwas zu den Kosten des Nichtstuns sagen, weil die Schulden immer wieder problematisiert sind und wir sagen auch, das muss zunächst einmal über Netto-Kredit-Finanzierung laufen. Später müssen wir über eine Steuerreform nachdenken, die höhere Einkommen und Vermögen in diesem Land stärker besteuert, so dass die öffentlichen Investitio-

nen, die langfristig laufen, auch dauerhaft finanziert werden können. Aber kurzfristig bedeutet das erst einmal ein Mehr an Schulden. Deswegen müssen wir über die Kosten des Nichtstuns reden. Jeder Arbeitslose kostet uns 18.000 Euro. Das heißt, wenn die Arbeitslosigkeit um eine Million steigen sollte - was wir alle nicht hoffen -, dann reden wir über 18 Mrd. Euro. Wenn das Wachstum um ein Prozent runterkracht, gehen uns 25 Mrd. Euro verloren. Das RWI, das von dem Einbruch von 2,2 % ausgeht, schätzt die Steuereinnahmeverluste auf die Größenordnung von etwa 20 bis 22 Mrd. Euro. Wenn Sie das alles summieren, sind Sie relativ schnell bei Kosten der Rezession in der Größenordnung 50 Mrd. Euro plus X. Das will heißen, es macht durchaus Sinn, diesen Absturz, der uns droht, abzufedern und das zunächst erst einmal nettokreditfinanziert zu machen. Wenn man die Wachstumseffekte, die Beschäftigungseffekte einrechnet, kann man ein solches Programm zu 30 bis 50 % selbst finanzieren. Alles andere muss dann über eine Steuerreform mittelfristig abgedeckt werden. Aber das wäre aus unserer Sicht ein probates Mittel und wir hoffen, dass die Regierung noch zur Einsicht kommt, sehr schnell und entschieden handelt. Das, was wir jetzt in den letzten Tagen gehört haben, macht uns sehr zuversichtlich und wir hoffen, dass wir da etwas gemeinsam auf den Weg bringen.

Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Dr. Hirschel. Jetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben Sie das Wort. Zunächst Herr Meier.

Abg. Laurenz Meyer (Hamm) (CDU/CSU): Ich habe zunächst zwei allgemeine Fragen, die sich sicherlich möglicherweise auch an den gesamten Kreis richten. Wir haben die Erkenntnis, dass insbesondere in den unterschiedlichen Branchen die Lage in Deutschland völlig unterschiedlich ist. Da haben wir ein sehr diffuses Bild. Eigentlich, was zusätzlich zu dem kommt, Frau Professor Weder di Mauro, was Sie gesagt

haben, dass es erstmalig ist, dass nicht nur in Asien oder in Südamerika oder Nordamerika eine Krise ist, sondern weltweit, praktisch auf einen Schlag. Das sind völlig untypische Vorgänge, auch dieses Vorkommnis, dass sich die Branchen völlig unterschiedlich zurzeit zumindest noch entwickeln. Wie geht man eigentlich sinnvollerweise mit solchen Situationen um, in denen man eigentlich fast geneigt wäre, wenn es denn nicht ganz grundsätzliche Bedenken - zumindest bei mir - dagegen gäbe, dass man branchenspezifisch agieren müsste, um hier nicht den Streueffekt zu groß zu halten, die Mitnahmeeffekte zu groß zu machen? Wie geht man eigentlich mit so einer Situation aus Ihrer Sicht grundsätzlich um?

Der zweite Punkt: Es ist viel die Rede gewesen von öffentlichen Investitionen. Wir wissen alle, dass bei öffentlichen Investitionen der Time Lag zwischen der Veranlassung und der Durchführung doch zumindest beträchtlich ist, abgesehen mal davon, dass wir kein genaues Bild davon haben, wie die Kapazitäten wirklich vorhanden sind, um die Durchführung vorzunehmen, so dass es nicht noch zusätzlich zu Preissteigerungen etwa in dem Sektor käme. Wie beurteilen Sie in dem Zusammenhang eine mögliche weitere Veranlassung von privaten Investitionen, etwa durch Einführung von degressiver Abschreibung im Wohnungsbaubereich für begrenzte Zeit, so wie wir das bei den Unternehmen jetzt machen, oder etwa für begrenzte Zeit den § 10 e EStG, den wir mal hatten, also was private Investitionen im eigenen Hausbestand angeht, den wieder herzustellen, um auf diese Weise möglicherweise die viel schnellere Reaktion der Privaten auf solche Maßnahme, was Vergaben und Entscheidungen angeht, dann zu veranlassen?

Die dritte Frage, die ich habe, richtet sich spezifisch an Herrn Dr. Schröder, der davon gesprochen hat, dass der Pfandbriefmarkt im Moment überhaupt nicht funktioniert. Was schlagen Sie vor, was da getan werden müsste, um diesen Sektor im Bankenbereich zu aktivieren? Eine ganz konkrete Frage zusätzlich: Mir ist gestern

vorgetragen worden, dass unsere Bürgschaftsprogramme, die wir insbesondere über Ihr Haus veranlasst haben, den Mangel hätten, dass etwa die Bürgschaften erst im zweiten Jahr greifen und im ersten Jahr, wenn Schwierigkeiten in Unternehmen auftreten, dass dann die Bürgschaft nicht greift. Das wäre natürlich ein Riesenhindernis, um überhaupt solche Bürgschaften auszulegen. Gibt es aus Ihrer Sicht Punkte, diesen oder andere, die dringend schon jetzt korrigiert werden müssten in ihrer Verfahrensweise oder in den Vorgaben?

Abg. Reinhard Schultz (Everswinkel) (SPD): Ich würde mich zunächst einmal mit einer Frage nochmals dem Thema Bankenkrise zuwenden. Herr Dr. Schröder und auch Frau Professor Weder di Mauro haben dargestellt, auch Herr Professor Blankart, dass die ganze Veranstaltung Bankenschirm ein wenig darunter leidet, dass sie auf Freiwilligkeit angelegt ist und dadurch nicht der gesamte Bankensektor sozusagen untereinander wieder in Geldaustausch tritt. Auch das Thema Geschäftsmodelle, die mit sanftem Druck entwickelt werden könnten, wenn ein Zahlmeister mit an Bord ist, entwickelt sich nicht so, wie wir uns das wünschen. Meine Beobachtung ist auch die, Herr Dr. Schröder, dass es in dem Bereich kleinerer und mittlerer Unternehmen keine Kreditklemme gibt, was kurzfristige Finanzierungen und auch das Volumen angeht. Aber es gibt eine Klemme, weil die Zinsen oder die Konditionen, die im Augenblick gefordert bzw. verlangt werden, jede bisherige Kalkulation sprengen, auch zum Teil im kurzfristigen Bereich. Das Geld zu kriegen ist wohl möglich, aber zum Teil zu Bedingungen, die zum Beispiel im Bereich der Projektfinanzierung die Kalkulation sprengen und damit die Abwicklung eines Auftrages praktisch völlig unmöglich machen, bis hinein aber auch in den privaten Bereich, dass bei der Prolongation von Hypotheken wir einen deutlichen Anstieg eher haben als eine Senkung. Davon, dass die Leitzinssenkung der EZB irgendwo bei irgendeinem Endverbraucher ankommt,

der sich Geld leiht, davon kann überhaupt keine Rede sein. Sie haben das zum Teil etwas anders dargestellt, aber im Kern ähnlich. Nur, was ich vermisse, ist eine Antwort. Wir müssen ja versuchen, das zu lösen. Ich gehe davon aus, dass sämtliche sonstigen Konjunkturprogramme, ob fiskalische, direkte Zuschüsse oder sonst etwas, alle sozusagen ins Leere laufen, wenn wir das Grundproblem Geldfluss nicht gelöst bekommen. Insofern hätte ich schon gern von Ihnen, aber auch von Frau Professor Weder di Mauro einen Hinweis, was denn wohl die Politik machen könnte, ohne das überzuregulieren, um die Banken insgesamt zu zwingen, sich wechselseitig wieder Geld zu leihen und insbesondere aber auch die Konditionen der EZB durchzureichen. Die Banken, die ich gefragt habe, sagen: Das wird schon irgendwann mal kommen. Erstmal müssen wir die Habenzinsen senken - leider, und zeitversetzt dann später werden wir dann vielleicht auch die Sollzinsen senken. Nur, das hilft uns in einer kurzfristigen Engpasssituation überhaupt nicht.

Der zweite Fragenkomplex berührt das Thema Sektoren. Viele unserer konjunkturpolitischen Diskussionen kreisen darum, dass wir möglichst mit hohem Multiplikatoreffekt Geld in Verkehr bringen. Aber viele dieser Maßnahmen berühren natürlich die besonderen sektoralen Verwerfungen nicht. Automobilindustrie, Zulieferer werden nicht durch ein Infrastrukturprogramm, mit dem wir die Schulks sanieren, gerettet. Es gibt die Länder, die hier aktiv sind NRW zum Beispiel macht ein eigenständiges Bürgschaftsprogramm für Automobilzulieferer, wobei die beiden ersten, die den Antrag gestellt haben, leider noch nicht zum Zuge gekommen sind. Das war dann besonders einladend. Da ist die Frage: Welche sektoralen Programme zur Stützung von Schlüsselindustrien kann man sich über die Abwrackprämie hinaus vorstellen? Das wäre meine Frage an Frau Professor Weder di Mauro aber auch an Herrn Dr. Hirschel.

Vorsitzende: Jetzt liebe Kolleginnen und Kollegen hat Abge. Kopp das, dann Abge. Lötzer und dann Abge. Andreae das Wort. Dann würde ich die Sachverständigen bitten, auf die Fragen zu antworten. Dann würden wir eine zweite Runde machen.

Abge. Gudrun Kopp (FDP): Herzlichen Dank und vielen Dank auch an die Sachverständigen für die interessanten Ausführungen. Ich möchte Sie um zweierlei bitten: Zunächst einmal um die Beurteilung von strukturellen Reformen. Wir haben jetzt im Einzelnen Fragen gestellt und auch Dinge gehört, wie denn Einzelmaßnahmen wirken könnten. Mich treibt um, ob wir diese Krise nicht nutzen sollten, um auch in Deutschland, also national, unsere Strukturreformen voranzubringen, beispielsweise durch die Senkung von Sozialabgaben. Das wäre ein Punkt, oder eine Steuerreform, wie wir sie ja verschiedentlich auch schon öffentlich gefordert haben. Die Frage ist, ob Sie sich nicht da auch eine sehr viel besser wirkende Stützung der jetzigen Schieflage erhoffen. Wenn ich sage, Senkung von Sozialbeiträgen, dann möchte ich mich hier nochmals sehr genau darauf beziehen, dass die steuerliche Absetzbarkeit von Krankenkassenbeiträgen zum Beispiel beschlossen werden könnte, die dann wirksam werden müsste ab dem 01.01.2009, die Senkung der Rentenbeiträge und diese Dinge mehr. Das wäre die erste Frage.

Die zweite Frage möchte ich einmal dem Blick auf die weltweite Wirtschaft, und damit auch auf die Globalisierung widmen. Herr Dr. Schröder, Sie haben schon ein wenig davon gesprochen, wie sich die Situation weltweit darstellt. Welche Maßnahmen, welche Prognosen haben Sie für uns als Rat zu geben, um die Globalisierung und insbesondere den Welthandel für uns als Exportnation tatsächlich in Aussicht zu stellen und in dem Zusammenhang bitte ich Sie auch noch einmal, einzugehen auf das Thema Energieversorgung, Energieversorgungssicherheit und die Entwicklung des

Ölpreises. All das sind Indikatoren, die weltwirtschaftlich für uns sehr wichtig sind.
Vielen Dank.

Abge. Ulla Lötzer (DIE LINKE.): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, vielen Dank auch erst einmal an die Sachverständigen. Auch ich würde mich gern nochmals zu beiden Problemkreisen, sowohl der Finanzmarktkrise wie aber auch der Konjunkturkrise mit Fragen an Sie wenden. Sowohl Herr Dr. Hirschel wie Frau Professor Weder di Mauro haben die Frage der Freiwilligkeit kritisiert als ein Hemmnis für die Wirksamkeit auch jetzt des Pakets oder auch der Banken, damit die Banken wieder ihre Funktion auch der Sicherstellung der Geldkreisläufe wahrnehmen. Was würden Sie denn raten, sowohl Frau Professor Weder di Mauro würde ich fragen, wie auch Herrn Dr. Hirschel würde ich gern fragen, in dem Punkt: Mit welchen Maßnahmen sollte das denn jetzt korrigiert werden und an Herrn Dr. Hirschel ergänzend die Fragestellung: Sie haben gesagt, keine Leistung ohne Gegenleistung. Was würde das denn aus Ihrer Sicht konkret heißen? Welche Gegenleistungen sollen denn geboten werden und was müssten wir dazu als Gesetzgeber tun? Auch an Herrn Dr. Schröder konkret die Frage: Welche Maßnahmen wären denn zur Sicherstellung der Kreditversorgung notwendig? An Herrn Dr. Schröder und Herrn Dr. Hirschel: In Bezug auf die öffentlichen Investitionen spielt ergänzend zu Bundesmitteln, die wir sicherlich dafür unserer Meinung nach bereitstellen müssen, auch die Frage der Kommunalfinanzen eine Rolle. Herr Dr. Schröder hat es auch angesprochen. Was müsste man tun, um auch die Kommunen in die Lage zu versetzen, in der Frage Infrastrukturmaßnahmen tatsächlich eine ausreichende Finanzierung und die Möglichkeiten zu haben, auch ergänzend zu Bundesmitteln und Ländermitteln, dort tätig zu werden.

Eine dritte Frage noch an Herrn Dr. Hirschel. Sie haben von der europäischen und internationalen Koordination gesprochen. Welche Maßnahmen würden Sie hinsicht-

lich auch von Konjunkturprogrammen auf europäischer und internationaler Ebene sehen? Wie würden Sie im Hinblick darauf auch jetzt die Einigung des Europäischen Rates und auch dort die Maßnahmen zum europäischen Konjunkturprogramm sehen und insbesondere auch die Rolle, die die Bundesregierung dort jetzt gespielt hat und wie sie im Rahmen dieses Konjunkturprogramms auch ihren Beitrag bewertet, und was hielten Sie da an Koordinationsmaßnahmen, ergänzenden Maßnahmen für notwendig? Es gibt zumindest auch von der UNEP und anderen eine Forderung auch nach einem Weltkonjunkturprogramm für den ökologischen Umbau. Haben Sie da auch noch konkret eine Position dazu?

Abge. Kerstin Andreae (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank auch von meiner Seite. Zu den Fragen Interbankenmarkt und Pfandbriefe sind meine Fragen schon gestellt worden. Von daher würde ich mich konzentrieren auf die Thematik der kurz- und langfristigen Maßnahmen. Ich hätte gern eine Bewertung. Es ist nur im Beitrag von Herrn Dr. Hirschel dieser Konsumscheck als eine Maßnahme jetzt explizit und sehr positiv benannt, gefallen. Ich bin mir nicht sicher, ob eine Maßnahme in derartig hoher Größenordnung tatsächlich dazu geeignet ist, jetzt hier positiv zu wirken, zumal wir zwei Aspekte mit berücksichtigen sollten. Das eine ist die Frage der Binnennachfrage, wie weit diese überhaupt noch in der Form eine Binnennachfrage ist oder sich zumindest auf den Euro-Raum oder vielleicht sogar noch auf den internationalen Markt dann bezieht und im Zusammenhang mit Steuersenkungen sollten wir die Frage der Sparneigung mit diskutieren. In welcher Form fließen theoretisch zurückfließende oder geringere Steuern, ein höheres Nettoeinkommen tatsächlich in den Konsum, oder erhöhen sie nur die Sparneigung auch vor dem Hintergrund, was Sie, Herr Professor Blankart gesagt haben, bei der Frage, wie wird denn projiziert in die Zukunft und mit welchen Sorgen sind vielleicht die Menschen auch belastet?

Bei dieser Frage, Projektion in die Zukunft möchte ich noch den Zusammenhang öffentliche Infrastruktur und Investitionen ansprechen. Mein Eindruck ist an einer Stelle, ich weiß nicht, in einem Redebeitrag fiel auch das Wort Vertrauen, dass natürlich auch sehr viel davon abhängt, wie auch das Vertrauen in die wirtschaftliche Entwicklung ist, wenn ein Unternehmen vor der Frage steht, inwieweit investiere ich jetzt in Erweiterungsanlagen, vielleicht in einen neuen Fuhrpark, in neue Maschinen, mal jenseits dessen, ob ich die Kredite für die Investition bekomme. Das wäre der eine Teilbereich. Aber der andere eben die Frage: inwieweit ist das Vertrauen in die wirtschaftliche Entwicklung gegeben? Ich meine, dass wir angesichts dieser Frage, können wir jetzt auch strukturell an manchen Punkten Weichen stellen, die Thematik Klimadiskussionen, europaweiter Emissionshandel, also Dinge, die sich alle entwickeln werden, auch im Bereich wirtschaftliche Entwicklung und Planungssicherheit und Vertrauen in die wirtschaftliche Entwicklung mit diskutieren sollten, um den Unternehmen auch klar zu sagen, in welche Richtung muss eure ökologische Modernisierung im Hinblick auf wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gehen? Ein Beispiel: Eine Verschrottungsprämie für Pkws, die schlicht dazu führt, den Automobilmarkt anzukurbeln, der durchaus eine Branche ist, die wir sehr genau betrachten müssen, ohne die Frage zu stellen, wie sich eigentlich Mobilität und auch Automobile in der Zukunft angesichts der Probleme, vor denen wir stehen, darstellen und wie da die Entwicklung sein muss, scheint uns viel zu kurzfristig. Da hätte ich gern eine Bewertung von Ihnen, wie Sie die Chance sehen, die wir hier auch ergreifen können?

Vorsitzende: Eine Fülle von Fragen. Ich würde zunächst gern Herrn Dr. Hirschel das Wort geben.

SV Dr. Dierk Hirschel (DGB): Ich hoffe, dass ich auf alle Fragen antworten kann. Ich fange mal mit den Branchenlösungen an. Ich glaube, wenn man sich die politische Realität in diesem Land vor Augen führt, ist jetzt auch keine Zeit für ordnungspolitische Prinzipien. Wir wissen alle hier, die Politik wird in diesem Land den Untergang eines großen Automobilproduzenten nicht zulassen. Das wird definitiv nicht passieren. Es wird hier kein großer Automobilproduzent insolvent gehen. Vor diesem Hintergrund hat man dann zwei Alternativen. Die eine Alternative ist: Man versucht, die Branche nachfrageseitig zu stärken. Das ist das, was wir mit der Verschrottungsprämie vorschlagen. Die andere Alternative ist: Sie hängen letzten Endes den insolventen Automobilproduzenten dann an den Tropf des Staates, in Form von Bürgschaften, in Form von Rekapitalisierung usw. Das sind die beiden Alternativen, wenn Sie die Automobilproduzenten nicht untergehen lassen wollen. Jetzt haben wir glücklicherweise in Deutschland, die Situation, dass die Automobilindustrie etwas besser dasteht als in Detroit. Vor dem Hintergrund - denke ich - ist die Situation nicht so dramatisch. Aber nichtsdestotrotz muss man sich vor Augen führen, dass die Auftragsrückgänge in der deutschen Automobilindustrie eine historische Dimension haben. Wir reden bei einzelnen Automobilproduzenten über Auftragsrückgänge in der Größenordnung von 30 % im Vorjahresvergleich. Deswegen - denke ich - brauchen wir hier eine branchenspezifische Antwort, die sich letzten Endes dann begründet aus der Schlüsselstellung der deutschen Automobilindustrie innerhalb des industriellen Modells, das wir haben. Ich habe die entsprechenden Zahlen für die Forschungs- und Entwicklungstätigkeit für die Investitionen bereits angesprochen. Ich habe auch die Zahlen genannt für die Arbeitsplätze in diesem Land und vor dem Hintergrund - wie gesagt - ist jetzt keine Zeit, eine ordnungspolitische Prinzipien Diskussion zu führen. Die kann man im Elfenbeinturm führen. Jetzt muss man politisch handeln und politisch Handeln heißt dann: der Automobilindustrie nachfrageseitig unter die Arme

zu greifen. Deswegen haben wir die Verschrottungsprämie vorgeschlagen. Man kann auch über eine massive Modernisierung des öffentlichen Fuhrparks nachdenken. Auch das würde helfen. Das sind die Lösungen, die wir in der augenblicklichen Situation vorschlagen.

Dann kam eine Frage zu öffentlichen Investitionen. Es ist richtig. Wir haben das Problem des Timelag. Deswegen haben wir auch vorgeschlagen, eine Brücke zu bauen über kurzfristige Konsumanreize für geringe und mittlere Einkommen, um diese Phase zu überbrücken. Diese Ankurbelung öffentlicher Investitionen muss auch nicht im Widerspruch stehen, zumindest nicht, wenn man kein Vertreter des Crowding out ist, es muss auch nicht im Widerspruch stehen zu Anreizen für private Investitionen. Das ist genau, was Sie jetzt gemacht haben, im ersten Konjunkturpaket. Sie haben Anreize gesetzt für private Investitionstätigkeit. Wir haben aber gegenwärtig eine Situation, wo sich das Konjunkturklima massiv verschlechtert hat und in einer solchen Situation ist es sehr unwahrscheinlich, dass die privaten Unternehmen Erweiterungsinvestitionen tätigen. Deswegen besteht die Gefahr bei den indirekten Anreizen der Mitnahmeeffekte. Diese Gefahr ist sehr real. In einer solchen Situation muss dann der Staat einspringen. Wenn der Verbraucher den Euro fünfmal umdreht, wenn die Unternehmen ihre Investitionspläne kappen, wenn die Kredite teurer werden, dann ist die Zeit des Staates gekommen.

Zur Beurteilung von Strukturreformen: Auch da habe ich eingangs schon etwas gesagt, was wir von Steuern und Abgabensenkungen in der gegenwärtigen Situation halten. Das ist höchst widersprüchlich. Wir fordern den handlungsfähigen Staat und gleichzeitig wollen wir den handlungsfähigen Staat ärmer machen, indem wir massive Steuer- und Abgabensenkungen fordern. Das geht einfach nicht. Wenn wir die gesamtgesellschaftlichen Aufgaben in den Bereichen Bildung, Klimaschutz und Gesundheit stemmen wollen - und wir reden da über Investitionsvolumina in dreistelliger

Milliardenhöhe -, dann brauchen wir auch einen handlungsfähigen Staat und ein handlungsfähiger Staat heißt, er braucht eine entsprechende Finanzierungsbasis. Das heißt nicht - um nicht falsch verstanden zu werden -, dass es keinen Korrekturbedarf im Steuersystem gibt. Natürlich gibt es den. Es gibt den Mittelstandsbauch, der insbesondere gering verdienende und mittel verdienende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land belastet. Der Mittelstandsbauch muss perspektivisch weg. Darüber sind wir uns wahrscheinlich in dieser Runde weitgehend einig. Aber das darf nicht zu einer massiven Nettoentlastung in der Form führen, dass wir über allgemeine Steuersenkungen reden, sondern wir müssen da an anderer Stelle mehr belasten. Wir müssen darüber reden, dass wir in diesem Land ein privates Nettovermögen in der Größenordnung von acht Billionen haben, und dass wir keine Steuern darauf erheben. Das sind sozusagen die entscheidenden Fragen, die wir dann stellen müssen. Wir müssen auch die Frage stellen, ob wir es uns weiterhin erlauben können, in der effektiven Unternehmensbesteuerung im hinteren Mittelfeld Europas zu sitzen, oder ob wir es uns erlauben können, im Mittelfeld, was den Spitzensteuersatz angeht, weiterhin zu sitzen. Das sind alles Fragen, die man stellen muss. Ich bin auch der festen Überzeugung, dass man für so eine Debatte auch breite gesellschaftliche Mehrheiten in diesem Land bekommt. Es gibt eine ganze Reihe an Strukturereformen, die wünschenswert sind, die ich mir vorstellen kann. Aber das sind Strukturereformen, an die Sie vermutlich nicht denken. Das ist zum Beispiel Mindestlohn auf dem Arbeitsmarkt, das ist so etwas wie equal pay in der Leiharbeit. Das ist eine Ausweitung der Mitbestimmung, oder das sind zentrale klima- und bildungspolitische Weichenstellungen. Das sind Strukturereformen, die wir uns wünschen, die nachhaltig sind, aber keine Steuer- und Abgabensenkungen.

Zur Frage des Zwanges und der Freiwilligkeit. Ich denke, wir sollten einfach von unseren Nachbarn lernen. Gucken wir, wie das in Großbritannien ausgestaltet wurde. Da wurde es so ausgestaltet, dass man gesagt hat: Es gibt eine Mindesteigenkapitalquote für private Banken. Wenn diese Mindesteigenkapitalquote unterschritten wird, dann gibt es eine Rekapitalisierung - auf gut Deutsch, eine Teilverstaatlichung der jeweiligen Bank. So hätte man das machen müssen. Dann gibt es keine große Diskussion. Wenn die Mindesteigenkapitalquote unterschritten wird, gibt es eine Teilverstaatlichung und dann hat der Steuerzahler auch unmittelbaren Einfluss auf die Geschäftspolitik der Bank. Wir haben allerdings das Problem in unserem Land, dass Teilverstaatlichungen stattfinden, aber dass immer noch kein Einfluss auf die Geschäftspolitik genommen wird. Das muss man doch mal skandalisieren. Was ist denn bei der Commerzbank abgelaufen? Da gab es keine Stammaktien für den Steuerzahler, sondern da gab es eine stille Einlage. Die zweite Tranche ist ja lächerlich verzinst worden. Das waren knapp unter 6 %. Da musste dann die Europäische Kommission, wohlgemerkt, die Europäische Kommission einschreiten, die wahrhaftig nicht dafür bekannt ist, dass sie sehr marktkritisch agieren würde. Die musste einschreiten und die Bundesregierung anmahnen und musste die Konditionen prüfen. So geht das natürlich nicht. Wenn dann der Steuerzahler Eigentümer der Bank ist, dann muss es auch unmittelbare Auswirkungen haben auf die Geschäftspolitik der jeweiligen Bank. Dann will ich auch wissen, wie die Commerzbank zukünftig Kredite vergibt, zu welchen Konditionen, was das für Auswirkungen auf den Mittelstand hat usw. Das heißt dann in der Konsequenz, das müssen dann auch die Forderungen sein. Schwerpunkt auf Rekapitalisierung und dann auch direkter Einfluss auf die Geschäftspolitik der jeweiligen Bank. Das heißt nicht, dass der Staat per se der bessere Banker ist. Das haben wir in der Vergangenheit gesehen, dass das nicht funktioniert.

Die entscheidende Frage, Herr Meier, ist doch: Wer hat den Giftmüll überhaupt hierher gebracht? Die Schrottpapiere, die bei den Landesbanken gelandet sind, sind von der Deutschen Bank und von der Commerzbank erst einmal hier rübergebracht worden. Das ist doch die Realität. Der Ackermann hat doch seine Eigenkapitalrendite über den Verkauf dieser Schrottpapiere erst nach oben getrieben. Das ist doch die harte Realität. Dass es dann in den Landesbanken ein paar Leute gab, die nicht wussten, was sie eingekauft haben und dass am Schluss der ganze Schrott bei ihnen im Keller landete, das ist eine andere Frage. Da gibt es auch Staatsversagen. Da bin ich vollkommen bei Ihnen. Aber man muss schon strikt trennen zwischen den Hauptverantwortlichen und denjenigen, die nicht so genau aufgepasst haben.

Zur Frage der Kommunalfinanzen: Es ist richtig, wir haben einen großen Teil an Kommunen, die überschuldet sind. Deswegen müssen wir da an die Kofinanzierung ran. Wenn wir die öffentlichen Investitionen in die Kommunen durchreichen wollen, dann muss das ohne Kofinanzierung laufen - glaube ich. Anders werden wir das nicht hinkriegen. Dann muss das direkt durchgestellt werden und darauf kommt es uns an. Wenn wir über Modernisierung von Krankenhäusern reden, wenn wir über Bildungsinvestitionen reden, dann reden wir über Investitionen in den Kommunen. Das darf dann nicht an verwaltungstechnischen und finanztechnischen Hürden scheitern. Da ist die Administration gefordert, an der Stelle diese Hürden auszuräumen.

Nächster Punkt war die Frage nach internationaler Konjunkturpolitik: Da bin ich etwas ernüchert aufgrund der Erfahrung in der Vergangenheit. Ich denke, es würde vollkommen ausreichen, wenn man sich auf ein paar Eckpunkte einigt. Wie die Konjunkturprogramme dann konkret ausgestaltet werden, das sollte man schön den nationalen Regierungen überlassen. Aber dass man sagt, beispielsweise in Europa 2 % müssen es schon sein und die Volkswirtschaften, die am größten sind und finanziell am besten dastehen, wie beispielsweise die Bundesrepublik, bei denen müssten es

dann 3 % sein. Die müssen sozusagen mehr anpacken. Nageln Sie mich jetzt nicht auf die Zahlen fest. Ich denke, auf so etwas sollte man sich einigen, aber nicht auf die konkrete Ausgestaltung. Das macht keinen Sinn. Die Japaner wissen besser, was für ihre Volkswirtschaft gut ist, als wir Deutschen. Insofern sollte dann die konkrete Ausgestaltung des Konjunkturprogramms in nationaler Verantwortung liegen. Aber was man koordinieren sollte, ist die Frage der Volumina. Da sollte man sich einigen. Das hat bisher nicht stattgefunden. Da hat Deutschland eher eine kontraproduktive Rolle, zumindest nach meiner Wahrnehmung, auf der europäischen Ebene gespielt. Ich würde mir wünschen, wenn sich das über Weihnachten änderte.

Eine Bemerkung noch zu den Konsumschecks: Das ist eine bizarre Debatte, jetzt zu sagen, wenn wir Konsumschecks an Geringverdiener ausgeben, dann führt das doch dazu, dass dann alle brasilianische Badelatschen kaufen und chinesische Hemden. Natürlich ist es so, dass es dazu führen wird. Aber was passiert denn gegenwärtig? Gegenwärtig profitieren wir von den US-amerikanischen Konsumschecks und von den spanischen Konsumschecks. Um uns herum greifen die Finanzminister in die Tasche und tragen ihren Teil dazu bei, dass der private Konsum nicht einbricht in ihren jeweiligen Ländern. Da deutsche Unternehmen davon profitieren, kann man doch mal verlangen, dass die Deutschen ihrer internationalen Verantwortung gerecht werden. Das verstehe ich dann unter internationaler Koodinierung.

SV Prof. Dr. Charles B. Blankart (Humboldt-Universität zu Berlin): Ich möchte kurz sein, weil die Zeit knapp ist. Ein Punkt vielleicht noch zu Herrn Meier und zu Frau Kopp in Kombination. Wir haben eigentlich ein Phänomen von Branchenkrisen und globaler Krise. Wie ist das gekommen? Wir haben die große Bankenkrise gehabt und die hat Krisen ausgelöst, die eigentlich Branchenkrisen sind. Im normalen Fall wären die alle hintereinander gekommen und dann hätten wir eine Krise hinter der

anderen abgearbeitet. Wenn der Nobelpreisträger Krugman sagt, wenn in den USA eine Autofirma zu viel ist, muss eine weg. Dann ist das eine Branchenkrise. Die kann natürlich nicht durch Subventionen und Verschrottungsprämien und anderes mehr gelöst werden. Im Gegenteil, das ist eine Art Gift für den Strukturwandel, den wir brauchen, den wir gar nicht vergessen dürfen, trotz der globalen Krise, die wir jetzt haben. Wir müssen die Dinge einzeln lösen, denn es sind eigentlich auch Einzelkrisen. Sie sind jetzt nur alle zusammengefallen. Was sind beispielsweise Reinvestitionskrisen? Gerade beim Automobilbau ist das vielleicht zu fragen. Die Automobilindustrie ging in den letzten Jahren ja sehr gut. Nun kann das doch durchaus sein, dass jetzt ein Reinvestitionszyklus fällig ist. Das wäre doch genauer auseinanderzuhalten, bevor wir uns große Fragen machen über Verschrottungsprämien und dergleichen. Das würde für strukturelle Reformen sprechen. Strukturelle Reformen kann man natürlich auch von der Einnahmenseite machen. Frau Kopp hat das angeführt. Die Sozialabgaben sind natürlich in Deutschland viel zu hoch. Das hängt natürlich auch damit zusammen, dass die Leistungen sehr groß sind. Wenn ein Teil des Gesundheitswesens über private Krankenversicherungen liefere - das heißt nicht, dass den Armen nicht geholfen würde wie das in anderen Ländern das ist - dann wäre die Sozialabgabenquote nicht so hoch. Ich habe Bedenken, dass wir sagen, wir machen einen neuen Defizitfaktor auf. Eigentlich müssen sich die Sozialsysteme mehr oder weniger selbst finanzieren und sind - glaube ich - nicht so schlecht gefahren in den vergangenen Jahren.

Nochmals zu diesen Konsumschecks und den Importen. Das wurde schon verschiedentlich gesagt. Man kann nicht sagen, jetzt machen die Amerikaner Konsumschecks und wir machen auch Konsumschecks und dann reichen wir uns die Hand. So funktioniert das wohl nicht, sondern das Problem ist vielmehr und wird auch immer in der EU gesagt, Deutschland soll vorangehen und erstmal ein großes Konjunk-

turprogramm machen, denn Deutschland ist die Lokomotive, das erwarten wir, dass die Vorleistungen erbringen und wir sind dann die kleinen Freerider und wir profitieren dann davon. Das ist eigentlich ein Problem, das wir in der EU tagtäglich sehen, wenn wir uns nichts vormachen. Diese Idee, man macht Vorreiter und der andere folgt dann nach. Das ist genauso, als wenn ich sage, ich mähe den Rasen und dann mäht ihn meine Frau auch noch mal. Das macht doch kein Mensch. Deswegen würde ich sagen, man kann das höchstens in einem Abkommen machen. Das trifft auch noch einmal auf das Klimaabkommen zu, das ich schon einmal angedeutet habe. Zum großen Missfallen für Sitzungsteilnehmer habe ich gesagt, dass man eigentlich nicht darauf vertrauen kann, dass dem, was wir hier im Einzelgang tun, irgendwie nachgefolgt wird. Klimainvestitionen sind nun mal Kosten, so gut sind und langfristig sie sind aber um ein Konjunkturproblem zu lösen, müssen wir nicht Kosten verursachen, wir müssen irgendwie Nachfrage machen.

Ich glaube, man solle keine Prognosen machen über den Ölpreis. Es ist völlig sinnlos. Aber etwas ist auch zu sagen: Wenn wir jetzt Klimaschutzmaßnahmen machen, dann geht die Nachfrage zurück, folglich sinken die Preise. Die sinkenden Preise animieren andere Staaten, mehr Öl nachzufragen. Das ist mal das Erste. Das geht einfach null zu null auf. Wir haben riesige Kosten, sechs Milliarden Euro pro Jahr und eigentlich ist das Ganze weltweit gesehen eine Null. Das ist sicherlich richtig. Langfristig ist vielleicht noch zu sagen, die Ölbarone fragen sich: Was wird denn langfristig sein? Wenn wir langfristig wirklich ein gutes Klimaabkommen haben, weltweit, geht dann die Nachfrage langfristig zurück? Dann werden die sagen: Da sind langfristig die Preise niedrig, dann kurzfristig noch hoch, dann haue ich raus, so viel es geht.

Vorsitzende: Jetzt muss ich einfach mal unterbrechen, sorry, es tut mit leid. Eine klima- und eine energiepolitische Debatte führen wir ein anderes Mal. Ich bitte um

Verständnis. Das machen wir ein anderes Mal. Da entwickelt sich ein Dialog, das ist alles nicht unwichtig, keine Frage, aber die Debatte führen wir ein anderes Mal. Ich möchte jetzt, dass wir uns jetzt auf die wichtigen Punkte Konjunkturpaket und Finanzschirm konzentrieren. Jetzt hat Frau Professor Weder di Mauro das Wort.

Sve Prof. Dr. Beatrice Weder di Mauro (Johannes-Gutenberg-Universität Mainz): Ich will versuchen, möglichst nachzuhalten angesichts der Fülle der Themen und ein paar Missverständnisse vielleicht auch aufklären, die sich aus meinem ersten Votum ergeben mögen haben. Das Prinzip der Freiwilligkeit bei dem SoFFin: Ich meine, man hätte es anfangs auch anders machen können. Man hätte dieses Prinzip nicht unbedingt anwenden müssen. Aber ich würde auf keinen Fall aus der Verantwortung des Staates für das Bankensystem, die er jetzt automatisch übernommen hat, dadurch, dass er so weitgehende Garantien bereitgestellt hat, und aus der Miteigentümerschaft, die er zum Teil übernehmen wird, in irgendeiner Form eine Verantwortung für die Kreditversorgung oder für die Kreditvergabe haben wollen. Das wäre meines Erachtens eine absolute Fehlentwicklung. Wenn wir letztendlich das Bankensystem in dem Sinne verstaatlichen würden, dass der Staat über Kredite, direkt oder indirekt entscheiden würde, die Bibliotheken sind nur so voll von all den schlechten Erfahrungen, die man gemacht hat mit staatlich gelenkter Kreditvergabe. Das ist in so vielen Ländern probiert worden mit desaströsen Erfolgen. In die Richtung dürfen wir nicht gehen. So darf es auch nicht interpretiert werden, dass der Staat als Miteigentümer jetzt hier irgendwie in das operationale Geschäft der Banken eingreifen darf. Wenn das das Resultat wäre, dann können wir vielleicht uns kurzfristig beruhigen und sagen, dieses oder dieses Unternehmen hat jetzt einen Kredit bekommen, den es sonst nicht bekommen hätte. Aber die langfristigen Wachstumsfolgen davon - das kann ich Ihnen versichern - sind verheerend.

Das zweite Problem sehe ich an der Stelle, wo zu wenig Einfluss nicht nur auf das Geschäftsmodell der individuellen Bank besteht. Wir wissen doch, wir müssen - glaube ich - um den heißen Brei nicht herumreden, dass wir im Landesbankensektor ein Problem haben, das für fast den ganzen Sektor zutrifft. Es ist nicht ein Problem, einzelne Banken auf ihr Geschäftsmodell hin zu überprüfen, sondern einen ganzen Sektor auf das Geschäftsmodell hin zu überprüfen. Der SoFFin hätte das Instrument dazu sein können, wenn er so ausgestattet worden wäre. Aber es war vielleicht immer schon eine Überforderung. Es braucht letztendlich - und das wäre für mich jetzt mittlerweile die Konklusion - noch mal eine politische Konsenssuche, dass man auf dieser Ebene sich auch bewusst wird, wie wichtig es ist, dass wir ein Bankensystem haben, das langfristig wieder auf gesunden Füßen steht. Das kann nur durch eine Restrukturierung geschehen. Der Landesbankensektor ist da meines Erachtens der absolut entscheidende Angelpunkt. Die Konsequenz daraus ist, dass man tatsächlich nochmals verschärft - und ich glaube, gerade auch in Ihrem Kreis - über diese Frage nachdenken muss. Ich will vielleicht nochmals sagen, das schwedische Modell ist dadurch ausgezeichnet, dass es sehr früh gesagt hat: Es gibt A-, B-, C-Banken. A-Banken rekapitalisieren wir, die sollen weitermachen, die werden durch die kurzfristige Liquiditätsproblematik hindurchgehoben, B-Banken werden restrukturiert und C-Banken werden abgewickelt. Das ist letztlich auch die Antwort auf die Frage: Was können wir wegen der Kreditklemme machen? Wir können möglicherweise jetzt durch einzelne Maßnahmen versuchen, diese etwas abzufedern. Aber langfristig werden wir nur wieder eine gesunde Finanzierung und eine gesunde Allokation der Kredite bekommen durch den Markt, wenn die Banken relativ schnell rekapitalisiert und - da sind wir uns einig - aufgeräumt werden, bzw. wenn ihre Bilanzen von den schlechten Krediten befreit werden.

Der zweite Punkt, den ich machen wollte: Ich möchte nicht so verstanden worden sein, dass ich gesagt hätte, Staatsausgaben sind in jedem Fall besser als Steuersenkungen. Steuersenkungen haben vielleicht kurzfristig konjunkturell den nicht gleichen Multiplikator wie insbesondere in Deutschland Investitionsausgaben zu haben scheinen. Aber nicht jede Ausgabe ist eine gute Ausgabe. Wenn wir sinnlose Investitionen tätigen, auch davon ist die Welt voll von weißen Elefanten - wie man sie in den Entwicklungsländern nennt - oder Brücken nach Nirgendwo. Nicht jede Ausgabe, auch wenn sie möglicherweise einen Nachfrageeffekt erzielt, hat einen langfristigen Wachstumseffekt und gegen Konsumschecks möchte ich mich aus diesem Grund auch ganz entschieden wenden. Das Problem des Konsumschecks ist nicht, dass er nicht den Konsum stützt. Natürlich, ein Teil wird gespart werden, wir wissen nicht genau wie viel. Es kann sogar sein, dass etwas mehr gespart wird, als wir ex ante annehmen würden. Eine Konsumstützung kurzfristig, ein, zwei Monate lang, kann man durchaus erzielen. Aber nachher hat man nur die Verschuldung. Das ist der garantierte langfristige Negativeffekt von einem solchen Konsumscheck, da ich leider davon ausgehe, dass die Krise relativ lang andauern wird und dass es nicht eine Sache sein wird von ein, zwei Quartalen. Damit wäre ich auch beim Thema Timelag. Da ich davon ausgehe, dass wir es eher mit einer Sache zu tun haben von ein, zwei, vielleicht auch drei Jahren, stellt sich die Frage der zeitlichen Dimension ein bisschen anders. Dann kann man durchaus sinnvolle Infrastrukturinvestitionen jetzt anschieben, anplanen. Sollte ich mich täuschen, sollten wir uns alle getäuscht haben und das sehr viel schneller wieder in Gang kommen, dann kann man natürlich auch die Umfinanzierung vornehmen, dann muss man es nicht mehr kreditfinanzieren. Automatische Stabilisatoren werden dazu beitragen. Das Gleiche gilt für andere Struktur-reformen. Einkommensteuersenkungen haben wir im Sachverständigenrat empfoh-

len, Mittelstandsbauch reduzieren, als eine Maßnahme, die langfristige Wachstumswirkung hat, im Gegensatz wiederum zu den Konsumschecks.

Ein Punkt, den ich noch nicht abgedeckt habe, war Ihre Frage, Herr Meier, zu den Branchen. Das ist wohl wahr, dass die Branchen unterschiedlich betroffen sind. Sie haben aber auch unterschiedlich profitiert vom Aufschwung. Darüber ärgern wir uns nicht so. Das finden wir normal, dass in einem exportgeleiteten Aufschwung diese Branchen besonders stark profitieren und größere Gewinne machen. Ich folgere nicht daraus, dass man die Autoindustrie bankrott gehen lassen soll, aber man muss doch sehr vorsichtig sein, wenn man jetzt einzelne Branchen gezielt fördert. Die Gefahr, dass man damit letztendlich Strukturerhaltung betreibt, Subventionswettläufe - das ist sogar noch die größere Gefahr - internationale Subventionswettläufe losstritt und dann letztendlich die Welle der Anfragen und weiteren protektionistischen Maßnahmen nicht mehr stemmen kann, die Gefahr sehe ich als sehr groß. Deshalb würde ich bei branchenspezifischen Lösungen gerade dort die Ordnungspolitik in der Krise besonders hochhalten wollen, weil sie in der Krise am stärksten gefährdet ist. Wenn man angefangen hat, in diese Richtung zu gehen, ist es sehr schwer, da wieder herauszukommen. Das haben die Amerikaner auch gesehen mit ihren Hilfen an die Autoindustrie.

Ich glaube, ich habe das meiste abgedeckt, außer dem Ölpreis. Vielleicht noch zu den Strukturreformen. Wir sind im Sachverständigenrat nicht der Meinung, dass Minimallöhne zu sinnvollen Strukturreformen gehören würden, die die Beschäftigung erhöhen, und zwar in dem Ausmaße, in dem es jetzt vorgeschlagen wird, auch mehrheitlich, nicht nur mehrheitlich, sondern einstimmig nicht dieser Meinung.

Vorsitzende: Auch das werden wir jetzt nicht weiter vertiefen, sondern jetzt hat Herr Dr. Schröder das Wort.

SV Dr. Ulrich Schröder (KfW): Ich möchte eingehen auf die Fragen, die sich mit dem SoFFin beschäftigen. Wie kriegen wir die Kreditvergabe wieder in Gang und wie ist das mit der Freiwilligkeit und dem Zwang? Zunächst einmal, wenn das Ziel ist, die Kreditvergabe wieder in Gang zu bringen, dann ist ein staatlicher Zwang unter die SoFFin-Mittel zu gehen - jedenfalls zeigen das die Beispiele England und Frankreich, die einen anderen Weg gegangen sind - nicht unbedingt zielführend. Denn sonst wäre es so, dass englische Banken heute in der Kreditversorgung für ihre Industrie besser dastünden als deutsche Banken. Das tun sie aber nicht. Wenn der Zwang die Lösung ist, um das Problem der Kreditversorgung zu lösen, habe ich da erhebliche Zweifel. Ich habe auch Zweifel deshalb, wenn man mal die einzelnen Instrumente sich kurz ansieht. Das erste ist das Eigenkapitalinstrument. Hier haben wir einen staatlichen Zwang. Banken werden über Eigenkapital reguliert. Das ist das Hauptregulationsinstrument, über das die Banken gesteuert werden. Sie müssen nämlich jeden Kredit mit 8 % Eigenkapital unterlegen. Hier wirkt der Basel-II-Effekt sogar kontrazyklisch, weil durch die Verschlechterung der Rating-Qualität von Unternehmen, was in der Rezession passiert, sich die Eigenkapitalanforderung der Banken erhöht. Das heißt, der Kreditspielraum der Banken wird in einer Rezession durch die im Augenblick schon bestehenden gesetzlichen Bestimmungen über das Eigenkapital eher eingeeengt als ausgeweitet. Deswegen sage ich: Eine staatliche Unterzwangstellung der Banken unter dem SoFFin, was die Eigenkapitalversorgung angeht, ist nicht weiter zielführend, denn die Banken werden schon hingehen zum SoFFin, wenn sie woanders kein Eigenkapital bekommen, denn sonst wird die BaFin am nächsten Tag ihren Laden zumachen. Denn die Regulation unter Eigenkapital ist heute schon staatlich reguliert. Der zweite Bereich ist die Frage der Garantien, der Refinanzierungsmittel der Banken. Hier in der Tat hätte man einen anderen Weg ge-

hen können. Frankreich hier ist einen anderen Weg gegangen und hier würde ich deshalb auch einen anderen Weg gehen, wenn es demnächst um den Pfandbriefmarkt geht. Wir sind den Weg gegangen, dass ich die einzelne Bank garantiere und diese sich mit dieser Garantie des SoFFin in den Markt begibt. Die Franzosen sind den anderen Weg gegangen. Die haben die eine Institution geschaffen, haben gesagt: Diese Institution, die steht, über die geben wir eine Staatsgarantie und über diese Institution als Mittler können sich die Banken bis zu drei Jahren Kredite besorgen. Dieses hat dazu geführt, dass dieses Instrument sehr schnell gegriffen hat und dass deshalb unsere Banken jetzt alle ein bisschen hinterherhampeln, weil die jetzt erst kommen mit ihren SoFFin-garantierten Krediten auf den Markt. Wir haben das ja gesehen. Die HSH-Nordbank musste ihren Bond, den sie unter einer SoFFin-Garantie begeben wollte, ziehen, also konnte sie nicht verwirklichen, weil der Markt schlicht zu war. Hier wäre möglicherweise der Weg der Franzosen, dieser etwas besser gewesen. Letztlich aber bleibe ich dabei: Um die Kreditversorgung wieder in Gang zu bringen, muss ich die Banken wieder mit Refinanzierungsmitteln versorgen. Das kann ich durch keinerlei staatlichen Zwang erzeugen, durch keinerlei Mitwirkung des Staates. Auch wenn der Staat 100 % Anteile an einer Bank hat, kriegt die Bank deshalb nicht unbedingt mehr Refinanzierungsmittel, sondern ich muss das Vertrauen der Investoren in diese Bank wieder stärken. Das stärke ich nicht alleine durch einen staatlichen Eigentümer, es sei denn, er gibt gleichzeitig eine Garantie für die gesamte Bank. Dann habe ich aber die verstaatlichte Bank und dann ist die Frage: Ist der Staat wirklich der bessere Banker? Wenn ich den Weg gehen will, dass ich die Kreditversorgung hinkriege, muss ich das Vertrauen in die Bank wieder stärken, und das geht nur - davon bin ich fest überzeugt - über das Thema Rauslösen - das ist auch das schwedische Beispiel - der schlechten Kredite aus den Bankbilanzen. Heißt das jetzt, wie Sie sagten, Herr Dr. Hirschel, das ist eine Verstaatlichung der schlechten

Kredite, der Steuerzahler zahlt die schlechten Kredite. Ich meine Nein. Das ist eine Frage, wie man das Ding strukturiert. Das Problem ist doch, dass Sie nach den Bilanzierungsregeln nach IFRS heute Ihre Aktiva auf den Marktwert runterschreiben müssen, obwohl die Verluste noch gar nicht eingetreten sind und obwohl sie möglicherweise in vielen Fällen gar nicht eintreten. Sie müssen heute, wenn sie zum Beispiel in Italien Anleihen in Büchern haben, die nicht mit 100 % valutiert, sondern mit 90, müssen Sie 10 % abschreiben, wenn Sie nach IFRS bilanzieren. Aber keiner glaubt doch, dass wenn in drei oder vier Jahren, wenn diese Anleihe fällig wird, Sie 10 % verlieren, weil Italien die Anteile nicht zurückzahlen kann. Das heißt, wir haben hier durch IFRS bedingt Abschreibungsnotwendigkeiten in den Bilanzen, die das Eigenkapital und die Vertrauenswürdigkeit der Banken belasten. Wenn man diese Wertpapiere aus den Wertbilanzen herausnähme und dann eine Transaktion machte, die wie folgt aussehen könnte: Ich kaufe zum Buchwert bzw. Marktwert zu 90 % raus und ich kriege die dann zu 100 wieder. Dann geht dieser Profit, dieses Uside, an den Staat, der mir die Anleihe rausgekauft hat. Wenn ich aber ein Downside habe, wenn ich in einem anderen Fall eine Firmenanleihe drin habe, die ich zu 80 % rausgekauft habe und ich kriege sie nur zu 60 % wieder oder sie fällt voll aus, dann muss die Bank zahlen und für die Schulden aufkommen. Das kann sie aber auch, weil sich die Verluste über viele Jahre strecken werden, nämlich dann erst eintreten, wenn eine solche Anleihe fällig wird. Ich glaube, wenn man ein solches Modell geschickt aufsetzt, dass man dadurch die Entlastung der Bankbilanzen hinkriegt, damit das Vertrauen wieder hinkriegt, ohne dass der Steuerzahler am Schluss bluten muss. Ich kann mir vorstellen, wenn man es gut macht, kann das sogar ein Profit sein für den Steuerzahler. Das wäre für mich der entscheidende Punkt. Alles andere ist - glaube ich - nur gestückelt, um den mittel- und langfristigen Bankenmarkt wieder in Gang zu bringen.

Das zweite ist der Pfandbriefmarkt. Beim Pfandbriefmarkt bin ich der Auffassung, dass zwei Dinge gemacht werden müssen. Das eine ist, wir müssen über den Deckungsstopp nachdenken. Der Deckungsstopp ist zumindest im Hypothekendarlehen von Investoren nicht mehr als ausreichend angesehen. Wenn Sie einen Kommunalpfandbrief haben, stehen die Kommunen dahinter. Da sagt jeder Investor, ist ok. Aber wenn ich einen Hypothekendarlehen habe und dahinter stehen zum Beispiel gewerbliche Immobilien, dann sind die bisherigen Deckungsverträge meiner Ansicht nach nicht ausreichend, um dem Investor das Gefühl zu geben, ich kriege mein Geld zurück. Man muss an den Deckungsstock an, zumindest beim Hypothekendarlehen - das ist meine Überzeugung.

Man sollte hier beim Pfandbrief das französische Modell übernehmen, sollte also eine Instanz schaffen, die als Mittler zwischen den Emittenten eines Pfandbriefes und den Investor tritt. Dieser Vermittler ist staatsgarantiert, aber nicht der einzelne Pfandbrief, denn das wird diskutiert und das wäre verheerend. Dann haben wir ein weiteres Segment. Bis zu den dreijährigen Schuldverschreibungen haben wir heute schon die SoFFin-Garantien, also staatsgarantierte Papiere. Dann hätten wir auch noch die Pfandbriefe als staatsgarantiert. Da kommen wir auf Dauer nicht wieder raus. Dann haben wir den ganzen Refinanzierungsmarkt der Banken demnächst staatsgarantiert und das kann ein Staat nicht leisten. Das ist meine abschließende Bemerkung zu den vielen Vorschlägen mit Konjunkturprogrammen und staatlichen Finanzierungen. Sie haben das Beispiel Italien genannt. Deutschland hat im Vergleich zu den europäischen Nachbarn sehr erfolgreich Konsolidierungsanstrengungen unternommen. Wenn Sie sagen, Herr Dr. Hirschel, es hätte keine direkten Anreize gegeben, sorry, das Paket der Bundesregierung umfasst 27 Mrd. Euro Kreditfinanzierungen,

Nein, Sie haben gesagt, es wären nur indirekte Anreize. Das sind direkte Anreize. Das sind ganz direkte Finanzierungsanstrengungen, die die Bundesregierung im ersten Maßnahmenpaket mit 27 Mrd. Euro gemacht hat, die noch nicht abgeflossen sind. Wir haben gerade erst einmal die Merkblätter draußen. Ob die ausreichen, darüber kann man lange diskutieren. Da habe ich auch meine Zweifel. Sicherlich ist ein zweites Paket möglich, aber die Aussage, damit nichts passiert, trifft nicht zu. Aber wenn man zu viel macht, hat das irgendwann Auswirkungen auf die Frage: Zu welchem Preis kann sich die Bundesrepublik Deutschland im Markt verschulden? Dann hat das irgendwann Auswirkungen nicht auf die Qualität als solche, aber auf das Pricing. Im Augenblick ist der Unterschied, wo sich Herr Steinbrück verschulden kann und wo sich Herr Berlusconi verschulden kann, zu Gunsten von Herrn Steinbrück verengt. Das heißt, Herr Steinbrück verschuldet sich besser, weil Deutschland diese starken Konsolidierungsleistungen erbracht hat. Wenn man das jetzt in der Konjunktur sehr stark über Bord wirft, dann wird demnächst Herr Steinbrück dieselben Zinsen zahlen, nicht dieselben, aber jedenfalls sich wieder annähern an die Länder, die nicht so stark konsolidiert haben. Insofern hat das auch eine Langfristwirkung auf die Höhe der Refinanzierungskosten eines großen Landes wie Deutschland.

Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Dr. Schröder. Jetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen, machen wir die zweite Runde.

Abge. Gudrun Kopp (FDP): Darf ich, bevor wir in die nächste Frage- und Antwortrunde gehen, wirklich herzlichst darum bitten, dass wir die Antwortzeit bei allen Sachverständigen gleich verteilen, bitte zum einen und zum anderen, dass Sie bitte nicht die Beantwortung von Fragen unterbinden, die keine energiepolitischen Debatten

sind. Die Ölpreisentwicklung ist keine Debatte über Energiepolitik. Ich bitte Sie, hier auch neutral die Sitzung zu leiten.

Vorsitzende: Liebe Frau Kopp, die Sitzung leite ich immer neutral. Es geht aber darum, dass wir uns hier auf die Themen konzentrieren müssen, weil wir nur zwei Stunden zur Verfügung haben, wie Sie sehr wohl wissen. Es gibt ein ganz reges Interesse der Kolleginnen und Kollegen zu dem Thema Konjunkturpaket und Finanzschirm, eine sachliche Bewertung durch die Sachverständigen zu erfahren und zu erhalten. Darum geht es mir, dass das sichergestellt ist. Die Antwort auf Ihre Frage hat im Übrigen Herr Professor Blankart gegeben. Ich habe ihn nicht unterbrochen, er hatte die Antwort auf Ihre Frage bereits gegeben. Dann entwickelte sich der Dialog, das will ich jetzt aber nicht weiter fortsetzen, zwischen den Kollegen Dr. Strengmann-Kuhn und Herrn Professor Blankart, und da habe ich ihn unterbrochen. Das ist richtig. Jetzt sind wir weiter in der Befragung. Meine Bitte war, dass die Kolleginnen und Kollegen ihre Frage möglichst kurz fassen. Zunächst hat der Kollege Dr. Fuchs das Wort, dann der Kollege Burgbacher, dann der Kollege Strengmann-Kuhn, dann der Kollege Schui. Die Frage, von Herrn Meyer, die noch nicht beantwortet ist, Herr Dr. Schröder, das wäre meine Bitte an Sie, sollte noch beantwortet werden.

Abg. Dr. Michael Fuchs (CDU/CSU): Herr Dr. Schröder, ich würde ganz gern von Ihnen nochmals ein paar Worte zu dem Thema der öffentlich-rechtlichen Banken hören. Es waren Fehler, die vor Ihrer Zeit passiert sind, die die KfW über die IKB Probleme bereitet haben. Insofern können Sie das dann mit Gelassenheit beantworten. Aber wir haben und sehen größere Probleme darin, dass die gesamten Landesbanken von mir aus mit einem geringen Anteil nur bei der Nord/LB irgendwo massiv in der Situation mit drinhängen. Das wiederum hat Wirkungen auf die Sparkassen, und

auch da massiv. Ich bin selbst in einem Verwaltungsrat und habe das mitbekommen, dass beispielsweise jetzt alle Sparkassen aus Rheinland-Pfalz gebeten werden, sich an der Kapitalerhöhung der LBBW zu beteiligen und das trifft solche Sparkassen, auch kleinere, ziemlich massiv, weil es ihnen Eigenkapital wegnimmt und damit natürlich die Rechnung, die sie mit 8 % eben gemacht haben, eher verschlechtert. Die ganze Problematik der Sparkassen/Landesbanken hat auch damit was zu tun, dass die Mittelstandskredite nicht so fließen, weil sie zum Teil keine großen Adressen bedienen können und sich dann meistens in Konsortien incl. der Landesbanken wiederfinden oder mehrere Sparkassen plus Landesbanken. Das funktioniert zurzeit - so wie ich es mitgehört habe - nur sehr eingeschränkt. Es muss meiner Meinung nach dafür dringend eine Lösung her. So wie das jetzt funktioniert, dass jeder Ministerpräsident sagt, ich rette meine eigene Landesbank, weiß ich nicht, ob diese Struktur dann noch tragbar ist und à la longue auch zur Bewältigung der Krise beiträgt.

Dann noch eine Frage an Frau Professor Weder di Mauro: Glauben Sie überhaupt, dass es Sinn macht, dass wir in bestimmten Branchen eingreifen sollen? Ich will es an dem Beispiel der Automobilindustrie sagen. Die Automobilindustrie hat 70 Mio. Einheitenkapazität, Produktionskapazität in diesem Jahr, im kommenden Jahr rechnen sie mit 50 Mio. Einheiten, die gebaut werden, d. h., eine Überkapazität von über 40 %. Das können wir staatlich - meiner Meinung nach - weltweit überhaupt nicht regeln. Das muss die Automobilindustrie als Branche regeln. Wenn das nicht der Fall ist, dann subventionieren wir da ewig hinein, und zwar in allen Ländern der Welt. Ist das nicht eine Gefahr, dass wir da irgendwo ein Modell entwickeln, dass wir in Zukunft in Branchen herumfuhrwerken, ohne dass das eine langfristige Wirkung hat und langfristig wieder dazu führt, dass wir keine Strukturverbesserungen haben, ohne dass sich der Staat aus diesem ganzen Bereich wieder herausziehen kann?

Abg. Ernst Burgbacher (FDP): Herr Professor Blankart, Sie haben vorhin die Föderalismusreform angesprochen. Manche Diskussion im Augenblick erscheint mir fast schon abenteuerlich. Wir diskutieren seit zwei Jahren, ob wir die Verschuldung ganz verbieten oder einen schmalen Spielraum lassen. Jetzt gehen wir fast ohne Rücksicht auf Verluste in die Verschuldung. Meine Frage an Sie: Glauben Sie nicht, dass die viel größere Gefahr im Augenblick ist, dass wir jetzt Schulden auftürmen, die wir nachher nicht mehr beherrschen. Die Konsequenz daraus: Müssten wir uns nicht viel mehr Gedanken darüber machen, welche Maßnahmen wir jetzt treffen können, die nichts kosten? Ich will Ihnen ein ganz konkretes Beispiel sagen: Nachher in der Ausschuss-Sitzung soll die Neufassung des Vergaberechts verabschiedet werden. Dort lassen wir vergabefremde Aspekte zu, wie zum Beispiel - jetzt komme ich wieder zum Klima - eben besondere Rücksicht auf Umweltgesichtspunkte, auch Tariftreue u. a.. Ist das nicht wirklich der Punkt, der jetzt viel entscheidender wäre, dass wir auch versuchen, gerade auch im Vergaberecht Regelungen zu finden, wo wir wirklich reagieren können? Wie schätzen Sie das ein, dass wir jetzt in eine enorme Verschuldung gehen und gäbe es nicht Maßnahmen, die nichts kosten und genauso wirksam wären?

Abg. Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da kann ich mir eine Bemerkung nicht verkneifen: Wenn man sich vorstellt, man würde Unternehmensverschuldung verbieten, wäre das natürlich ökonomisch auch völliger Unsinn. In so einer Situation muss man durchaus auch für Investitionen über Verschuldung nachdenken. Das nur als kleine Anmerkung dazu.

Ich habe ein paar konkrete Fragen. und Herr Professor Blankart hat vorhin von den automatischen Stabilisatoren geredet und ich würde durchaus zustimmen. In der normalen Konjunkturkrise wäre das wahrscheinlich ausreichend, aber es ist von fast

allen Experten gesagt worden, wir sind nicht in der normalen Konjunkturkrise, wir sind in einer besonderen Situation durch die weltweite Krise, aber auch dadurch, dass es kombiniert wird mit einer speziellen Situation auf dem Finanzmarkt. Dass der Interbankenmarkt so wenig funktioniert wie jetzt, das hat es - glaube ich - noch nie gegeben oder zumindest irgendwie nur in sehr starken Ausnahmefällen. Insofern haben wir eine ganz besondere Situation und reichen die automatischen Stabilisatoren nicht aus, sondern man muss tatsächlich jetzt - und da sind sich fast alle Ökonomen einig - expansive Fiskalpolitik in irgendeiner Form machen. Dazu habe ich ein paar konkrete Fragen, vor allen Dingen an Frau Professor Weder di Mauro zu den Multiplikatoren. Sie haben die Größenordnungen vorhin genannt. Die Multiplikatoren unterscheiden sich auch in ökonomischen Modellen dadurch, dass durch Verschuldung finanziert wird oder gegenfinanziert wird. Wenn das komplett gegenfinanziert ist, hat im einfachen keyensianischen Modell den Haavelmo-Effekt mit einem Multiplikator von eins und ansonsten vielleicht bis zehn. Sie haben das genannt, oder noch höher, je nach Sparquote. Wie ist bei den von Ihnen genannten empirischen Zahlen? Ist das mit Verschuldung gerechnet oder bei Gegenfinanzierung oder wie wäre das, wenn man das komplett gegenfinanzieren würde, auch noch mal als Teilantwort auf den Kollegen eben? Nun will ich nicht sagen, dass es so etwas wie hydraulischer Keyensianismus sinnvoll ist. Das ist sicherlich nicht sinnvoll, da jetzt irgendwie massiv Geld reinzupumpen. Insofern ist das jetzt auch nicht unbedingt positiv, wenn die Bundesregierung über 27 Mrd. Euro - wenn die Zahl stimmt, Herr Dr. Schröder - Neuverschuldung jetzt die Konjunktur ankurbeln will, sondern es kommt darauf an, was man jetzt macht. Da ist auch vom Sachverständigenrat aber auch von anderen gesagt worden, dass es da um öffentliche Investitionen geht und dazu auch noch einmal eine Frage, was die Multiplikatoren angeht. Steckt da schon drin, dass Investitionen auch eine Rendite haben für den volkswirtschaftlichen Kapitalstock? Wenn ich zum

Beispiel an die Bildung denke, Humankapitalstock, aber bei den anderen Investitionen ja auch und wie sind da unterschiedliche Renditen zum Beispiel für Bildung, Straßenbau o. ä. Können Sie da irgendwelche Zahlen nennen? Bei Bildung habe ich eine Rendite von 13 % aus irgendeiner Studie im Kopf, bin mir da aber nicht ganz sicher. Haben Sie da irgendwelche Zahlen beim Sachverständigenrat? Vielleicht kann dazu auch jemand anderes etwas zu sagen, wenn es irgendwelche Zahlen gibt.

Letzte Fragen zum Timelag auch an Frau Professor Weder di Mauro. Die Investitionen wirken nicht kurzfristig, aber Sie haben schon darauf hingewiesen, die Krise dauert wahrscheinlich schon so lange, dass sich die Investition auch konjunkturpolitisch lohnt und wenn nicht, muss oder kann man früher gegenfinanzieren. Was haben Sie für Vorschläge für kurzfristige Maßnahmen? Viele sagen: Man braucht jetzt doch erst einmal ein Strohfeuer, um das in Gang zu kriegen, was die Konsumschecks angeht, zumindest in der Größenordnung von 500 Euro und nicht gelenkt. Teilen Sie die Einschätzung? Was gibt es als Alternativen dazu, um so ein kleines Strohfeuer zu entzünden, bevor die Investitionen dann wirken?

Abg. Prof. Dr. Herbert Schui (DIE LINKE): Zunächst eine Frage an Frau Professor Weder di Mauro. Der Multiplikator, Sie sagen 1,0 bei den Investitionen. Ich habe in Erinnerung, dass Ende der 70er Jahre dieses Ehrenbergprogramm vom DIW geschätzt wurde mit einem Multiplikator von 1,7 bis 1,8. Das liegt nun gemäß Ihrer Aussage sehr niedrig oder viel niedriger als damals. Liegt das nun daran, dass wir erhöhte Importe oder eine höhere Importquote haben, als das damals der Fall war? Und/oder liegt es daran, dass die zusätzlichen Gewinne, die bei der Erledigung eines öffentlichen Auftrages entstehen, zu einem geringeren Teil ausgegeben werden, als dies Ende der 70er Jahre der Fall war.

Die zweite Frage geht an Frau Professor Weder di Mauro und ebenfalls an Herrn Dr. Hirschel. Es ist natürlich klar, wenn der Staat sich verschuldet, um ein Konjunkturprogramm zu machen, muss er hinterher Zinsen zahlen, soweit nicht die Europäische Zentralbank diese Staatsschuldtitel aufnimmt. Herr Trichet hat vor einigen Wochen gesagt, er wird's machen, also die EZB würde sie aufkaufen und dann könnte sie sie auch noch zinsfrei halten. Das wäre eine Lösung. Aber darauf will ich eigentlich nicht hinaus. Der Punkt ist der: Haben Sie Untersuchungen angestellt, wie hoch denn die Verschuldung ausfallen würde, wenn man kein Konjunkturprogramm auflegt? Dann geht das BIP runter und infolgedessen auch die Steuereinnahmen und wenn Sie die Einnahmen nicht absenken können oder wollen, dann müssen Sie sich auch verschulden. Das kostet auch Zinsen. Dann muss man das eine gegen das andere abwägen, bevor man sich dann endgültig zu einer Ablehnung entschließt.

Dritte Frage an Herrn Dr. Schröder: Unser Problem ist, kurzfristige Liquidität ist reichlich vorhanden, aber die kurzfristigen Kredite sind offensichtlich auch reichlich teuer. Langfristige Kredite sind enorm teuer und obendrein kaum zu haben. Die Frage ist: Wie machen wir denn aus der vorhandenen kurzfristigen Liquidität und angesichts des niedrigen Diskontsatzes der EZB sofort - das ist unser Problem - kurzfristige billige Kredite? Bei den Zulieferern ist das ein Problem, vor allen Dingen bei den Autozulieferern, die kommen nicht an billige Betriebsmittelkredite und gehen deswegen über den Jordan. Punkt zwei ist: langfristige Investitionskredite. Wie kriegen wir das hin, aus kurz lang machen? Nun schlagen Sie diese Müllbank vor. So wie Sie sich dann weiter spezifiziert haben, könnte man sich damit anfreunden, aber das dauert eine Weile. Man muss erst einmal diese Institution gründen, die muss diese schlechten Wertpapiere an sich bringen, dann muss das Vertrauen sich wieder herstellen und dann können wir erst darauf hoffen, dass langfristige, relativ billige Kredite vergeben werden. Wir brauchen aber kurzfristig was. Dann ist die Frage gestellt: Könnte

unter solchen Bedingungen die KfW einspringen, langfristige Investitionskredite geben? Dann hätten wir ein Refinanzierungsproblem. Die KfW ist ja klamm wegen der IKB-Geschichte. Da könnte sie sich refinanzieren. Könnte sie das Risiko eingehen, kurzfristig staatliche garantierte Anleihen zu imitieren? Die sind ja billig. Die kosten nicht viel, um daraus einen langfristigen Investitionskredit zu machen. Da müsste irgendjemand das Risiko abschirmen. Das könnte man über diese 400 Mrd. Euro machen. Oder wie wäre es - das wäre die Vorlage aus den Vereinigten Staaten – wenn die Zentralbank unmittelbar mit bestimmten Unternehmen Geschäfte abschließt, im Sinne dieser Commercial Paper, um diese ganzen Hochzinsen, die die Banken aus verständlichen oder auch unverständlichen Gründen einfordern, um diese Zinsen einfach zu umgehen, also indirektes Geschäft?

Vorsitzende: Jetzt hat Herr Dr. Schröder das Wort. Ich würde noch gern eine Frage anschließen, auch direkt an Sie, Herr Dr. Schröder.

Gestern hat der ehemalige schwedische Finanzminister bei einem Vortrag im DIW auch noch einmal den schwedischen Weg beschrieben, den Sie auch aufgenommen haben. Er hat aber einen wichtigen Satz hinzugefügt und gesagt, dass sie ganz strikt das Prinzip "aktionäre Zahlen zuerst" durchgesetzt hätten. Es würde mich interessieren, wie das praktisch bei uns umgesetzt werden könnte, auch vor dem Hintergrund, dass bei den Landesbanken wieder die Steuerzahler an der ersten Stelle stehen. Wenn Sie darauf kurz eingehen könnten.

SV Dr. Ulrich Schröder (KfW): Zunächst einmal war die offene Frage von Herrn Meyer zu dem Thema Bürgschaften. Das Programm der Bundesregierung, das wir im Augenblick umsetzen, enthält diese 15 Milliarden für den Mittelstand, die letztlich zwei Angebote sind, nämlich einmal das Angebot Betriebsmittelfinanzierungen bis zu

einer Laufzeit von fünf Jahren und Investitionskredite mit einer Laufzeit bis zu acht Jahren. Das sind die beiden Angebote. Wir haben lange darüber debattiert. Haben wir im Augenblick schon eine bonitätsgetriebene Kreditunterversorgung oder eine refinanzierungsbezogene Unterversorgung? Ich bin persönlich eher der Auffassung, wie haben eine refinanzierungsbezogene. Deswegen war ich etwas skeptisch gegen die hohen Haftungsfreistellungen, die mit den beiden Programmen verbunden sind. Denn die sind bei Investitionskrediten generell 90. Ich kann entscheiden, null oder 90. Bei Betriebsmittelkrediten 50, also null oder 50. Da gibt es das Problem banktechnisch gesprochen, des so genannten moral hazard, dass mir die Banken die schlechten Kredite reinschieben, nämlich die, die sie ohnehin loswerden wollen und sagen: Wenn ich 90 % Haftungsentlastung habe, eigentlich 50 % abschreiben muss, dann gebe ich doch der KfW die Kredite, muss dann nur noch 10 % abschreiben, nämlich meinen Selbstbehalt und den Rest nimmt die KfW respektive der Staat. Dasselbe habe ich im Betriebsmittelbereich. Deshalb ist die Überlegung, so ist sie jedenfalls im Augenblick auch im Merkblatt, dass man sagt: um dieses zu verhindern, dass die Primärbanken uns und dem Staat damit schlechte Risiken reinschieben, gilt die Bürgschaft sprich die Haftungsentlastung zwar ab sofort, wenn sich aber im ersten Laufzeitjahr das Risiko realisiert, also die Firma Pleite geht, dann entfällt nachträglich die Haftungsfreistellung. Das soll eigentlich sicherstellen - das ist der Gedanke, der dahinter steht -, dass die Banken uns nicht von vornherein so Kredite geben, wo sie schon selbst sehen, dass in drei/vier Monaten der Laden hier am Ende ist. Das ist die Idee. Die Frage, ob die Antwort darauf sein sollte: Wir verzichten auf eine solche Klausel oder ob man nicht nochmals über die Frage der Haftungsfreistellung als solche nachdenken sollte, das gebe ich einfach mal zurück an Sie als Gesetzgeber. Wir sind da nur Ausführende und ich kann Ihnen dazu nur meine Hinweise aus Banksicht geben.

Das zweite Thema: Öffentlich-rechtliche Banken, Landesbanken: Dazu kann ich als KfW-Chef überhaupt nicht Stellung nehmen. Es steht mir nicht zu, irgendeinen Sektor des deutschen Bankenregimes hier zu kritisieren, zu kommentieren u. ä. Wenn Sie meine private Meinung dazu hören wollen, dann kann ich Ihnen nur sagen: Es ist in der Tat so, dass die Landesbanken, und zwar in toto - wenn man von einigen wenigen absieht - dies Problem, dass die Staatshaftung im Jahre 2005 weggefallen ist und dass sie deshalb über billige Refinanzierungsmittel verfügen konnten, in ihrem Geschäftsmodell noch nicht ausreichend umgesetzt haben und dass sie deshalb dann auch in Papiere geflohen sind, die alternative Renditen boten, nämlich die, die wir vorhin angesprochen haben, um die Erträge, die im klassischen Geschäftsfeld ausgefallen sind, zu kompensieren. Deshalb bin ich auch der Auffassung, die Landesbanken bedürfen einer ganz heftigen Anpassung ihrer Geschäftsmodelle. Der Weg, den im Augenblick die meisten gehen, nämlich über ihre Bundesländer, ich bin da der Auffassung, das mag in erster Linie für die jeweiligen Ministerpräsidenten ein angemessener Weg sein. Ich habe große Zweifel - die einzige Landesbank die ich ein bisschen intensiver kenne, ist die West/LB, weil ich da mal eine Zeit gearbeitet habe - dass Frau Kroes den Weg durchgehen lässt. Wenn Sie sich ansehen, welche Diskussion die West/LB mit der EU-Kommission zu dem Thema hat, dann wünsche ich den Bayern und den Baden-Württembergern nur viel Glück. Ich glaube, dass die nicht viel offenere Türen bei Frau Kroes finden werden als die West/LB das findet. Insofern werden hier wirklich massive Anpassungen der Geschäftsmodelle stattfinden, weil die EU-Kommission das schlicht nicht tolerierten. Das ist meine Einschätzung. Nochmals, das ist eine private Auffassung. Als KfW haben wir dazu überhaupt keine Auffassung zu haben.

Das Thema - Herr Burgbacher hat das angesprochen – Vergaberecht. Es ist in der Tat so, dass man in dieser Konjunktursituation überlegen muss, ob man nicht auch

im nichtmonetären Bereich Anpassungen vornehmen kann. Sie haben immer Zielkonflikte, etwa im Vergaberecht. Sie wollen im Vergaberecht alle wettbewerbsrechtlichen Aspekte, klimarechtlichen Aspekte, ich weiß nicht was, alles berücksichtigen. Je mehr Sie diese Zusatzaspekte berücksichtigen, umso mehr verschärfen Sie das Vergaberecht und verlangsamen damit auch die Investitionsentscheidungen und damit auch die Wirkung von irgendwelchen Finanzierungsprogrammen, die wir darstellen. Das ist ein klassischer Zielkonflikt. Ich kann Ihnen dazu keine Lösung anbieten. Ich kann Ihnen nur sagen: Ich würde in einer Konjunkturkrise, wie wir sie jetzt vor uns haben, mich eher zu Gunsten einer schnellen Vergabeentscheidung entscheiden und nicht Dritt- und Viertaspekten, die bei Vergabeentscheidungen sicher noch mit zu berücksichtigen sind, so stark in den Vordergrund stellen. Dasselbe gilt übrigens für Genehmigungsverfahren, wo Sie auch in der Regel eine Fülle von Aspekten zu berücksichtigen haben. Hier können Sie auch alle möglichen Dinge vorneweg stellen, alle berechtigt, jeder für einzelne wird man sagen, ist richtig. Die Frage ist nur: Ist das im Interesse einer zügigen Entscheidung, einer zügigen Investition der richtige Weg? Das kann ich nur an Sie als Politiker zurückspielen, das ist eine ganz schwierige Zielkonfliktentscheidung.

Zum Thema: Wie kommen wir schnell an eine Lösung dieser Kreditklemme? Zunächst einmal, meine Wahrnehmung - darüber würde ich gern nachher nochmals sprechen - ist nicht, dass wir im kurzfristigen Bereich Preisprobleme haben. Das ist meine Wahrnehmung nicht. Die kurzfristigen Kredite werden noch ausgereicht, soweit es nicht bonitätsgetriebene Kreditverteuerungen sind. Meine und unsere Wahrnehmung im Hause der KfW ist nicht, dass ein Mittelständler, der 2 Mio. Euro braucht oder ein Freiberufler, der 500.000 braucht, dass der ein preisgetriebenes Problem bei der Refinanzierung hat. Das ist unsere Wahrnehmung nicht, so dass ich dort im Augenblick auch keine Veranlassung sehe, wenn anzusetzen. Wo ich das sehe, ist

im Bereich - das hatte ich mehrfach gesagt - der längerfristigen, Kredite also jenseits der drei Jahre, jenseits des SoFFin-Horizontes. Kann da die KfW helfen? Ich glaube, ja und nein. Wir können das Problem nicht dadurch lösen, dass jetzt alle langfristigen Kredite über die KfW ausgelegt werden. Damit wären wir furchtbar überfordert. Das wäre auch keine gute Lösung. Aber wir können sicherlich ganz gezielt reingehen. Das Problem der IKB hat mit der Frage, ob wir hier leistungsfähig sind, überhaupt nichts zu tun, null Komma null. Wir nehmen nur das Geld, wie wir es aus dem Markt kriegen und geben es an das Bankensystem weiter. Ob die Ertragskraft der KfW nun stark oder schwach ist - tut keinen Abbruch, weil wir das Geld kriegen, deshalb, weil der Staat für uns garantiert. Insofern ist das Problem nicht, dass die IKB-Krise die KfW schwach gemacht hat, das stimmt natürlich. Aber das hindert uns - das muss man wirklich sagen - in der Refinanzierung von Banken nicht. Aber wir haben natürlich eine Kapazitätsbegrenzung. Wir sind mit 75 Mrd. jährlich im Emissionsvolumen schon heute der fünftgrößte Emitent in Europa. Vor uns ist nur noch die Bundesrepublik selbst, Italien, ich glaube Spanien, dann hört es schon auf. Wir können natürlich unser Refinanzierungsvolumen nicht beliebig ausdehnen. Wir können nicht einfach sagen, machen wir mal 150, machen wir mal mehr, als die Bundesrepublik Deutschland selbst am Kapitalmarkt ausnimmt. Da ist die Grenze. Das muss man auch wieder politisch überlegen, in welchen Segmenten es wirklich wichtig ist, dass wir mit unserem Geld, das wir über drei Monate kriegen, hier Stimulanz erzeugen. Da können wir einen Beitrag leisten. An uns kann da aber nicht die Welt einer unzureichenden Kreditversorgung genesen. Das wäre - glaube ich - völlig hybrid.

Sve Prof. Dr. Beatrice Weder di Mauro (Johannes-Gutenberg-Universität Mainz): Vielen Dank für die Fragen. Ich fange an bei den öffentlich-rechtlichen Banken. Es ist im Prinzip interessant, dass wir von einer Verstaatlichung von öffentlich-

rechtlichen Banken sprechen. Das ist doch eine ziemliche Spezialität, wenn man sich das mal so überlegt. Dahinter steht natürlich die Tatsache, dass der Staat und damit der Steuerzahler in irgendeiner Form sowieso bei den Landesbanken im Boot ist und die Frage ist letztendlich eine der Verteilung ob es, wenn es über den SoFFin geschieht, eher der Bund oder eher die Länder sein werden. Aber diese Frage interessiert mich als Ökonomin weniger als die Frage: Was kann man sich durch eine andere Verteilung erkaufen an Restrukturierung und möglicherweise schnellerem Sanieren des Bankensystems? Denn nicht nur für die langfristige Wachstumsperspektive, sondern auch für die kurzfristigen Aufräumarbeiten im Bankensystem und die realwirtschaftlichen Effekte wäre das wichtig und deshalb nochmals mein Petitum, dieses Thema ernst zu nehmen. Der Weg, der sich momentan anbietet, dass die Länder, die ihre Landesbanken retten und dadurch einer Gesamtlösung entziehen, scheint mir, kann langfristig extrem teuer sein für ganz Deutschland, nicht nur für die entsprechenden Länder und ich glaube, man darf nicht auf Europa setzen. Mein Eindruck ist, dass wir in Deutschland manchmal diese Tendenz haben im Prinzip zu hoffen, dass nachher Europa das verhindern wird und dass Frau Kroes sagen wird, so geht's nicht. Aber die wird auch an ihre Grenzen stoßen. Wie stark sie gegen Deutschland und gegen einzelne Banken angehen kann, das wird limitiert sein, selbst wenn sie inhaltlich Recht haben mag. Außerdem hat es den Effekt, dass, wenn man wettbewerbsrechtliche Probleme nach Europa verschiebt, wenn man sie im eigenen Land schwierig lösen kann, dass man da nach und nach die Wettbewerbsbehörde dort diskreditiert und schwächt, und das wollen wir wirklich nicht.

Die Müllbank zu schaffen, das ist natürlich nicht so einfach, wie Sie gesagt haben. Es gibt Mechanismen, wie man eine solche Herauslösung von problembehafteter Aktiva aus den Banken bewerkstelligen kann mit möglichst wenig Risiken für Steuerzahler, wir haben im Gutachten auch einen solchen Mechanismus entwickelt. Darauf kann

man zurückgreifen, wenn man diesen Weg gehen möchte. Aber ich glaube, es ist wichtig, dass man sich bewusst ist. Ich würde niemals behaupten wollen, dass man tatsächlich trotz der momentanen Fehlbewertung diese Aktiva, damit am Schluss einen Gewinn machen würde. Die Erfahrung der Vergangenheit mit Ausnahme Schwedens, die über 15 Jahre schlussendlich das dann doch irgendwie verkaufen konnten, die Erfahrung der Vergangenheit der meisten Banken Krisen ist, dass es für den Steuerzahler relativ teuer wurde. Ich würde auch erwarten, dass, wenn man eine solche Bad Bank schafft, dass man sich darauf einstellen muss, dass nachher da auch deutlich am Schluss selbst bei einem cleveren Mechanismus der Bepreisungen und da ist das Problem: wie macht man den Anreiz, damit man das moral hazard - Problem nicht bekommt, von dem Sie gerade gesprochen haben, dass die Banken nur die ganz schlechten Kredite zu zu hohen Preisen an den Steuerzahler weiterreichen, selbst bei einem cleveren Mechanismus werden am Schluss die Steuerzahler hier in die Pflicht genommen und damit hier auch - das kann ich nahtlos anschließen - die Frage: Können wir die Schulden denn beherrschen, die jetzt hier aufgenommen werden?

Ich denke auch, das ist ein Problem. Wenn es so ist, dass wir eine Situation haben, in der der Staat jetzt relativ viel Geld in die Hand nimmt und das vielleicht nicht nur einmal, sondern zweimal, ich will nicht schon dreimal sagen, dann kann man sehr schnell in die Situation kommen wie etwa Finnland oder Japan, in der die staatliche Verschuldung in sehr kurzer Zeit sich vervielfacht hat, im finnischen Fall hat sie sich Und sie mussten dann innerhalb der Krise die Steuern erhöhen, weil es einfach nicht mehr ging. Diese Kosten, die direkten Kosten einer höheren Staatsverschuldung für den Staat selbst darf man wirklich nicht unterschätzen und umso mehr ist es wichtig, dass die Maßnahmen, die jetzt getroffen werden, eben nicht Strohfeuer sind. Da würde ich selbst bei aller Dringlichkeit, die momentan auch empfunden wird, trotz-

dem gegen Strohfeuer plädieren, oder ganz klein, wenn man es nicht verhindern kann. Wenn es einfach gar nicht anders geht, dann machen Sie es so klein wie möglich, weil die Kosten einer höheren Staatsverschuldung garantiert in der Form von niedrigeren Wachstumsraten in der Zukunft auffallen.

Sie haben gefragt nach den kurzfristigen Multiplikatoren, wie die gerechnet sind. Die Zahlen, die ich Ihnen gegeben habe, sind jeweils ohne Gegenfinanzierung, das ist eins zu eins *ceteris paribus* ein Euro mehr Staatsausgaben, ein Euro weniger Einnahmen. Nicht eingeschlossen - und das ist ein wichtiger Punkt - sind irgendwie zukünftige Renditen eines höheren Kapitalstocks, einer höheren Bildungsinvestition. Das ist dort nicht eingeschlossen. Das ist genau der Punkt, um den es dann geht, wenn man entscheiden will, was sind die langfristig sinnvollen Investitionen. Wie viel genau die langfristigen Wachstumswirkungen solcher zusätzlichen Staatsausgaben sind, dazu kann ich Ihnen keine gesicherten Zahlen geben. Aber sie sind auf jeden Fall - und das zeigen alle Studien - positiv.

Private Bildungsrendite im internationalen Bereich, dazu wollten Sie eine Zahl, liegt im Bereich bei 8 %. Das sind allerdings die privaten Renditen, das sind nicht die Wachstumswirkungen.

Dann hatten Sie nach Multiplikatoren gefragt? Man muss auch heute natürlich sagen, dass die Studien nicht einheitlich zu der gleichen Zahl kommen, die Bandbreite ist tatsächlich auch heute noch ziemlich groß. Ich habe einfach ein Mittelmaß genommen. Aber es ist durchaus möglich, dass tatsächlich auch die Multiplikatoren früher höher waren und den Grund haben Sie auch selbst genannt. Der hauptsächliche Grund ist natürlich eine offenerere Volkswirtschaft heute sowohl im Handel als auch auf dem Kapitalmarkt, dass das den Zinszusammenhang stärkt. Die automatischen Stabilisatoren sind höher in Europa als in Amerika. Das ist auch etwas, was man

feststellen kann und was man auch nicht aus den Augen verlieren darf. Die automatischen Stabilisatoren wirken natürlich auch schon.

Jetzt hatte ich noch die Frage der unternehmensspezifischen Lösesummen ausgelassen. Da war Ihre Befürchtung, dass man da in Prozesse hineinkommt, aus denen man nicht mehr herauskommt. Dem würde ich absolut zustimmen. Diese Befürchtung teile ich sehr und dass man nachher auch nicht bei einzelnen Branchen oder Unternehmen bleiben kann. Das Problem war ein bisschen, die Automobilindustrie ist gleich nach den Banken gekommen, nachdem man das Gefühl hatte, jetzt hat man den Banken so viel gegeben, da muss man den anderen doch auch etwas geben. Aber das wäre ein Fehler, ein Trugschluss, die gleichzusetzen. Denn selbst bei sehr großen einzelnen Unternehmen sie sind niemals systemisch. Sie können niemals das System bedrohen. Sie können natürlich viele Arbeitsplätze bedrohen, insbesondere regional, aber systemisch sind sie nicht im Gegensatz zu Banken.

SV Prof. Dr. Charles B. Blankart (Humboldt-Universität zu Berlin): Gleich noch einmal zu einem Punkt von Frau Professor Weder di Mauro. Schulden von heute sind Steuern von morgen und die bringen in Zukunft Wachstumsverluste. Aber ich möchte einen anderen Aspekt nochmals in den Vordergrund stellen. Die Steuern von morgen wirken schon heute zurück. Die Individuen sehen das voraus und deswegen ist nicht einmal ein Strohfeuer zu erwarten. Jedenfalls kann man das in den USA beobachten und - ich habe schon gesagt - an der Mehrwertsteuersenkung in Großbritannien sehen. Nicht einmal ein Strohfeuer, weil das antizipiert wird. Die Last wird antizipiert. Ich glaube, das ist ein wichtiger Punkt.

Nochmals zur Ordnungspolitik. Dazu ist auch Verschiedenes zu sagen - Herr Burgbacher hat den Punkt herausgehoben -, aber auch bei den Banken, man darf die Ordnungspolitik nicht vergessen, das wird langfristig **viel zu teuer**. Der Staat, Lender

of Last Resort das wird immer so gesagt. Aber das ist eben nicht so. Der Staat kann das nicht. Der Staat ist plötzlich überfordert und ich habe das vorher schon gesagt und dann kann er die Wirtschaft nicht irgendwie auf Ewigkeit halten. Denn wenn das so wäre, dann könnten wir überhaupt auf die Banken verzichten. Dann bräuchten wir die ja gar nicht. Toxische Papiere kann er natürlich aufnehmen, aber das hat unendliche Ankündigungseffekte. Ich bin mit Herrn Dr. Hirschel völlig einverstanden, das sollte ein quid pro quo sein. Man soll Leistung und Gegenleistung sehen, es soll nichts geschenkt werden. Die Schwierigkeit ist ein Regulierungssystem zu finden, wo keine falschen Erwartungen geweckt werden. Ich glaube, da sind wir erst am Anfang. Die BaFin und die Bundesbank müssen sich dann sicher noch mal zusammenehmen und fragen: Wie können wir sicherstellen, dass kein moralisches Risiko entsteht, dass die Banken nicht denken, na ja, morgen geht's dann wieder so usw.

Dann noch zur Frage Föderalismus und Föderalismusreform. Die Föderalismusreform hat uns gesagt, wir müssen eigentlich Disziplin wahren. Die Länder und die Gemeinden sind selbst verantwortlich für ihre Finanzen. Das hat uns das Bundesverfassungsgerichtsurteil von Berlin ganz deutlich unter die Nase gerieben. Es gibt nicht automatisch irgendwie ein Bail-out und diese Tugend sollte man jetzt nicht völlig vergessen. Das ist immer noch richtig und wenn Länder und Gemeinden Ausgaben machen, dann sollen Sie wissen, dass sie das später wieder mal zurückbezahlen müssen, um auch keine falschen Erwartungen zu wecken. Man kann Dinge tun - wie Herr Burgbacher sagte -, die nichts kosten, die Schulden nach sich ziehen, also beispielsweise das Vergaberecht und das Verquicken von anderen Leistungen mit der eigentlichen Vergabe von Nebenleistungen ist natürlich ein Übel, denn richtigerweise müsste man über beide getrennt abstimmen. Wenn wir Umweltprojekte wollen, ist das richtig, dann kann man darüber eine Vergabe machen, ob der Stadtpark revidiert werden soll oder aber man muss das nicht kombinieren mit dem Schulhausbau.

Deswegen sollte man diese Dinge auseinanderhalten. Die Ökonomen haben sich ausgedacht, wie man am wenigsten schädlich diese Nebenziele einbauen könnte. Man würde beispielsweise sagen, wir nehmen das Angebot vom günstigsten Anbieter und machen eine Marge von sagen wir 10 %. Wenn der, der die Nebenziele erfüllt hat, nicht 10 % über dem günstigsten ist, dann würde er den Zuschlag erhalten. Das hat den Vorteil, dass alle da mitmachen können und nicht nur einzelne. Ich sage, das ist eigentlich eine Krücke, um in diese Richtung zu gehen. Wenn schon aus interessenpolitischen Gründen wir die Nebenziele nie wegkriegen, würden wir uns die besten in das System einbauen und sagen, wie vor wollen wir denn dafür bezahlen? Und der, der das Nebenziel zu den günstigen Bedingungen macht, der kriegt den Zuschlag. In diese Richtung könnte man vielleicht etwa gehen. Aber das erfordert auch einen Rückgriff auf EU-Recht. Man muss das genau prüfen. Das ist nicht gesagt, dass das alles so rein geht.

Noch einmal, um etwas Öl auf die Wogen zu gießen, noch ein Wort zum Öl. Ich glaube, der Sachverständigenrat hat festgestellt, dass die sinkenden Ölpreise sind mit ein automatischer Stabilisator, der uns hilft, die Krise etwas zu dämpfen. Dadurch können mittelständische Unternehmen günstiger anbieten und vielleicht dann doch auch im Export noch mithalten, wo das sonst sehr schwierig wäre.

Noch einmal zu Herrn Professor Schui, auch zu automatischen Stabilisatoren. Es ist natürlich nicht so, dass die uns alles helfen, das ist ganz klar. Aber sie helfen - wie gesagt - etwa ein Fünftel - denkt man - der Krise könnte bewältigt werden. Sie haben eben einen entscheidenden Vorteil. Sie setzen automatisch ein und hören automatisch wieder auf. Diskretionäre Maßnahmen, wie Sie sagen, Bauprojekte, auch die Bankenprojekte, das Problem ist, dass man die wieder abstellen muss. Wie man aus einer Subventionswelt in die Nichtsubventionswelt zurückkommt, ist äußerst schwie-

rig. Ich glaube, das Problem, Herr Dr. Schröder, haben wir irgendwie noch nicht so recht gelöst und ich glaube, da sind eigentlich noch die großen Dinge begraben.

SV Dr. Dierk Hirschel (DGB): Ich will mich auf die Verschuldungsfrage begrenzen. Ich denke, man muss verstehen, dass man einen Staatshaushalt nicht führen kann wie einen schwäbischen Privathaushalt. Das hat sich inzwischen auch irgendwie herumgesprochen. Wir haben einmal den Versuch unternommen in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik. Der traurige Hans Eichel hat den Anstieg der Staatsausgaben am konsequentesten bekämpft. Wir hatten in der Ära Eichel 2001 den geringsten Anstieg der Staatsausgaben. Das Problem des traurigen Hans Eichel war nur, er hat das in der konjunkturellen Schwächephase gemacht und das Ergebnis war die höchste Staatsverschuldung in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik am Ende der Ära Eichel. Man hat sozusagen den Freifeldversuch vor unlangem hier praktiziert und das Ergebnis ist bekannt. Daraus sollte man dann entsprechende Konsequenzen ziehen. Ich denke, dass ein Konjunkturprogramm, wenn es wirksam sein soll und schnell greifen soll, nettokreditfinanziert laufen muss. Die Alternative ist, dass die Rezession härter und länger dauert, als eigentlich notwendig ist. Der Abgeordnete Schui hat bei einer solchen Rezession nach den Kosten gefragt. Die lassen sich beziffern. Ich habe die Zahlen bereits genannt. Der Einbruch von 1 % Wirtschaftswachstum kostet uns 25 Mrd. Euro. Wenn das Negativszenario der Deutschen Bank eintreten würde - wovon wir alle nicht ausgehen -, minus 4 %, dann reden wir über 100 Mrd. Euro. 100 Mrd. Euro allein Wachstumsverluste. Ein Arbeitsloser 18.000 Euro. Worst-Case-Szenario plus eine Million Arbeitslose im Jahr 2009 18 Mrd. Euro. Steuerausfälle, Ausfälle bei den Sozialabgaben, ALG I, ALG II. Da kriegen Sie eine ungefähre Vorstellung, was da auf uns zukommt, wenn man nichts tut. Wir wissen auch, dass der durchschnittliche Abschwung in der Bundesre-

publik seit den 50er Jahren 28 Monate dauert und in den USA 11 Monate. Jetzt überlegen Sie sich mal, warum in den USA nur 11 Monate und bei uns 28 Monate. Da gibt es eine ganz einfache Antwort: Weil in den Vereinigten Staaten bei Beginn eines Abschwungs sofort geldpolitisch und finanzpolitisch interveniert wird. Wir haben das in der Vergangenheit nicht gemacht. Das Ergebnis ist, bei uns dauern die Abschwungphasen länger und sie sind härter als eigentlich notwendig. Vor dem Hintergrund muss man das immer gegenrechnen. Wenn man sich Sorgen macht, es ist auch berechtigt, sich Sorgen zu machen über den Anstieg der Nettoverschuldung, dann muss man auch sagen, was die Alternative wäre. Die Nettoverschuldung steigt so oder so. Ich würde die These aufstellen: Wenn wir von Selbstfinanzierungseffekten eines Konjunkturprogramms in der Größenordnung von 30 bis 50 % ausgehen - das ist die empirische Erfahrung aus den US-amerikanischen, aus dem britischen Konjunkturprogramm. Wenn wir das im Hinterkopf behalten, dann würde ich die These aufstellen, dass es uns billiger kommt, ein richtiges Konjunkturprogramm schuldenfinanziert jetzt aufzulegen, als die Hände in den Schoß zu legen, weil die Kosten des Nichtstuns uns erdrücken werden und werden höher sein als die zu erwartende Nettokreditaufnahme.

Jetzt gibt es aber dabei - und damit will ich dann schließen - natürlich ein Problem. Wir machen eine Nettokreditaufnahme und wir müssen uns das Geld irgendwo holen. Die Zinsen bekommen diejenigen, die uns den ganzen Schlamassel eingebrockt haben. Das ist natürlich eine Sauerei und das versteht auch der Steuerzahler nicht, dass diejenigen, die den Schaden verursacht haben, dass die jetzt auch noch den Rettungseinsatz bezahlt bekommen und vielleicht noch oben eins draufbekommen. Das ist dann eine Verteilungsfrage. Wir haben in diesem Land öffentliche Armut, 1,5 Billionen Staatsverschuldung und wir haben privaten Reichtum. 8 Billionen ist das Nettovermögen in Deutschland. Da muss sich Politik in einer solchen Situation die

Frage stellen, wie das einhergeht und was man steuerpolitisch in der Vergangenheit falsch gemacht und was man vielleicht zukünftig anders machen kann, um dieses Missverhältnis zu beenden. Sie wissen, wir zahlen jedes Jahr 40 Milliarden Zinsen. Das ist ein Problem. Aber da muss man sich eben auch Gedanken darüber machen, wie man da steuerpolitisch rankommt und dann stellt sich natürlich sofort die Frage, warum wir seit Mitte der 90er Jahre keine Vermögensteuer mehr erheben? Das sind dann die Fragen, die man politisch beantworten muss. Schuldenfrage und Verteilungsfrage hängen unmittelbar zusammen und verlangen auch nach verteilungspolitischen Antworten.

Vorsitzende: Ich bedanke mich ganz ausdrücklich bei den Sachverständigen, nicht nur für ihre Kommen, sondern dafür, dass Sie auch so wirklich kompetent unsere Fragen beantwortet haben und uns - denke ich - auch viel an Anregungen und zu überlegenden Gesichtspunkten dargelegt haben. Vielen Dank..

Schluss der Sitzung: 11:30 Uhr

Öl/Mi/Zo

Edelgard Bulmahn, MdB
Vorsitzende